



Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG



Reihe
Gesprächskreis Geschichte
Heft 87

Gesprächskreis Geschichte

Heft 87

Masaaki Yasuno

**Die Entwicklung des
Godesberger Programms und die Rolle
Erich Ollenhauers**

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen Demokratie
der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-mail: Ingrid.Nordemann@fes.de

<http://library.fes.de/history/pub-history.html>

© 2010 by Friedrich-Ebert-Stiftung

Bonn (-Bad Godesberg)

Redaktion: Anja Kruke

Umschlag: Pellens Kommunikationsdesign

Herstellung: Katja Ulanowski

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2010

ISBN 978-3-86872-349-6

ISSN 0941-6862

Inhalt

I. Fragestellung	5
II. Erich Ollenhausers Position im Verlauf der Organisationsreform 1957/58.....	9
III. Erich Ollenhauer und die Abfassung des Entwurfs für das Grundsatzprogramm 1957/58	20
IV. Programmarbeit in der Sackgasse? Die Arbeit an dem Grundsatzprogramm nach dem Stuttgarter Parteitag.....	28
V. Die Überwindung der Stagnation im Entstehungsprozess ...	31
VI. Der Prozess der Abfassung des zweiten Entwurfs seit Ende Mai 1959	39
VII. Von der Veröffentlichung des zweiten Entwurfs bis zur Verabschiedung des Godesberger Programms.....	46
VIII. Fazit.....	51
Literaturhinweise	28
Zum Autor	60

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers

I. Fragestellung

Der Erfolg der Parteireform der SPD 1958/1959 wird gemeinhin als Wendepunkt der Partei nach der Stagnation der 1950er Jahre wahrgenommen. Peter Lösche und Franz Walter schrieben, dass die Organisationsreform von 1958 in ihrer Bedeutung und in ihren Auswirkungen kaum überschätzt werden könnte. Kurt Klotzbach bewertete die Verabschiedung des Godesberger Grundsatzprogramms 1959 als Höhepunkt des Parteireformprozesses.¹

Nach den geltenden Ansichten bedeutete der Erfolg der Parteireform den Sieg der „Reformer“ in der SPD gegen den „Apparat“ (das „Büro“). Nicht nur für den Erfolg der Organisationsreform, sondern auch für die Verabschiedung des Godesberger Programms sei der Beitrag der Reformer gleichermaßen entscheidend gewesen. Dabei stand im Zentrum des niedergeschlagenen „Apparats“ der Vorsitzende der SPD Erich Ollenhauer als Vertreter der „Traditionalisten“, die gegen die ganze Parteireform opponierten.

Jedoch berichteten mehrere Zeitgenossen gemäß der Studie Klotzbachs, Ollenhauers erster Kommentar nach der Wahlniederlage 1957 lautete, die SPD brauche so schnell wie möglich ein

¹ Peter Lösche und Franz Walter, *Die SPD. Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung*, Darmstadt 1992, S. 188-189; Kurt Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1965*, Berlin/Bonn 1982, S. 34.

Grundsatzprogramm.² Allerdings erscheint es paradox, dass der Repräsentant der Traditionalisten während des „Höhepunktes des Partiareformprozesses“ seinen Widerstand aufgab und stattdessen eine positive Haltung zur Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms einnahm. Dagegen waren alle einflussreichen Reformer gleich nach der Wahlniederlage 1957 sehr negativ gegenüber einer frühen Verabschiedung eines Grundsatzprogramms eingestellt.

Nach der Arbeit von Hans-Joachim Mann, die neben der Studie Klotzbachs von zahlreichen Autoren zitiert wird, lassen sich im Entstehungsprozess des Grundsatzprogramms seit der Einsetzung der Programmkommission im März 1955 vier Phasen der Diskussion aufzeigen:³ Die erste Phase reichte von der Konstituierung der Programmkommission bis zur Vorlage des ersten Entwurfs („Stuttgarter Entwurf“⁴) im Mai 1958; die zweite ist zwischen dem Stuttgarter Parteitag von Ende Mai 1958 und der Beendigung der Diskussion über den Stuttgarter Entwurf im Sommer 1959 anzusiedeln. In der dritten Phase verarbeiteten die Programmkommission und der Parteivorstand die Stellungnahmen aus der Programmdiskussion zum „zweiten Entwurf“ von Anfang September 1959. Die vierte Phase ist von der Veröffentlichung des zweiten Entwurfs bis zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms auf dem Godesberger Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 anzusetzen. In Anbetracht des Ablaufs des Reformprozesses fragt sich, weshalb die Programmarbeit seit dem Frühjahr 1959 ungleich zügiger als bisher vorankam. War es wirklich wegen der Umorientierung der Reformer? Waren die

² Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, S. 436.

³ Hans-Joachim Mann, *Das Godesberger Grundsatzprogramm als Ergebnis innerparteilicher Willensbildung*, in: *Geist und Tat*, Jg. 24 (1969), H. 4, S. 231.

⁴ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 333-380.

Reformer tatsächlich die entscheidenden Initiatoren zur Verabschiedung des Godesberger Programms gewesen?

Über die Programmdiskussion in der zweiten Phase schrieb Susanne Miller, dass erst nach dem Stuttgarter Parteitag eine Diskussion auf allen Ebenen der Parteiorganisation in Gang kam, „die ein Interesse [verriet], das in der Geschichte sozialdemokratischer Programme einzigartig dasteht. In Hunderten von Versammlungen setzten sich insbesondere Eichler als Vorsitzender der Programmkommission und Heinrich Deist als Verfasser des Wirtschaftsteils des Programmentwurfs mit den sehr zahlreichen Einwänden und Änderungsvorschlägen auseinander“.⁵ Eichler schätzte, dass er vom Frühjahr 1958 bis Herbst 1959 auf etwa 350 Veranstaltungen über das Programm sprach. Auch andere Mitglieder der Programmkommission beteiligten sich an diesem Meinungsbildungsprozess in der Partei.⁶

Die bisherige Forschung analysierte jedoch den Erarbeitungsprozess des Godesberger Programms nach dem Stuttgarter Parteitag (insbesondere den Übergang von der zweiten zur dritten Phase) nicht hinreichend. Zum Beispiel unterschied sich der zweite Entwurf grundlegend vom Stuttgarter Entwurf und stellte daher eher eine eigenständige Version dar. Diesem zweiten Entwurf wurde in der Forschung bislang nur wenig Beachtung geschenkt. Durch die auf unveröffentlichte Materialien gestützte Analyse der letzten Erarbeitungsphasen des Godesberger Programms möchte ich nun zum einen überprüfen, ob die Verabschiedung des Godesberger Programms tatsächlich als Sieg der Reformer und als Ergebnis der innerparteilichen Konsensbildung durch ein demokratisches Verfahren gelten kann. Zum anderen beschäftige ich mich mit der Frage, wer der Hauptverfasser des

⁵ Susanne Miller, Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1974, S. 37.

⁶ Mann, Das Godesberger Grundsatzprogramm, S. 234.

Godesberger Programms gewesen ist. Viele mögen diese Frage als längst erledigt betrachten. Wie Thomas Meyer in seinem Artikel „Willi Eichler – Vater des Godesberger Programms“ darstellte, nennt man in der Regel als Hauptverfasser und Vater des Godesberger Programms einfach den Namen Eichler.⁷

Willi Eichler beschäftigte sich seit Langem im Zentrum der SPD mit der Vorbereitung des Grundsatzprogramms und opferte sich als Vorsitzender der Programmkommission, die im März 1955 eingesetzt wurde, auf. Er war der Einzige, den der Parteivorsitzende Ollenhauer auf dem Godesberger Parteitag im November 1959 in Dankbarkeit nannte.⁸ Eichler als Vater des Godesberger Programms zu würdigen, wurde bislang anscheinend nicht in Zweifel gezogen. Tatsächlich spielte Eichler bis zur Abfassung des Stuttgarter Entwurfs die führende Rolle. Aus den bisherigen Arbeiten geht jedoch nicht deutlich hervor, ob seine Verdienste um die Erarbeitung des zweiten Entwurfs ebenso ausschlaggebend waren. Welche Rolle spielte er beim Veränderungsprozess vom Stuttgarter Entwurf zum zweiten Entwurf?

Ich stütze meine Analyse, ergänzend zu den unveröffentlichten Dokumenten, die Klotzbach für seine Untersuchung der letzten Phase des Erarbeitungsprozesses des Godesberger Programms nutzte, zusätzlich auf den Nachlass Fritz Sängers im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), um die bisherige Forschungslage detaillierter betrachten zu können.

⁷ Thomas Meyer, Willi Eichler – Vater des Godesberger Programms. Eine Erinnerung zum 20. Todestag, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, Jg. 39 (1991), H. 11, S. 1048-1049.

⁸ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, Hannover/Bonn o. J., S. 326.

II. Erich Ollenhauers Position im Verlauf der Organisationsreform 1957/58

Nach der katastrophalen Wahlniederlage im September 1957 wurde Ollenhauer zwar in die Defensive gedrängt, aber er bemühte sich nach der Wahl, schnellstmöglich das Grundsatzprogramm entwerfen zu lassen.⁹ Obwohl seit der Einsetzung der Programmkommission 1955 schon zwei Jahre vergangen waren, begrüßte jene die Forderung des Parteivorsitzenden nicht, da sie ungenügend vorbereitet war.

Einige Unterausschüsse beim Parteivorstand der SPD (besonders der Wirtschaftspolitische Ausschuss) hatten gefordert, dass die Programmkommission nichts Entscheidendes über Probleme, die in Konkurrenz zu den Unterausschüssen stehen, sagen dürfe. Aufgrund dieser innerparteilichen Gegensätze konnte die Programmkommission 1957 bis zum Ende der Bundestagswahl keine Diskussionen führen. Folglich war sie im Herbst 1957 überhaupt nicht in der Lage, einen Entwurf des Grundsatzprogramms vorzulegen.

Der von Ollenhauer aufgezeigte Zeitplan war für die Programmkommission ein aussichtsloses Unterfangen. Gerhard Weisser, einer der führenden Mitglieder der Programmkommission, der seit der Ära Schumacher immer im Zentrum der Programmdiskussion gestanden hatte, beklagte sich in einem Brief an Ollenhauer, dass es unmöglich sei, innerhalb von wenigen Wintermonaten einen vollständigen Entwurf auszuarbeiten.¹⁰

Selbst Eichler, der Ollenhauer treu ergeben war, konnte nicht umhin, an der Sitzung des Parteivorstands am 16. Oktober seiner

⁹ Klotzbach, *Der Weg zur Staatspartei*, S. 436. Sitzung des Parteivorstands am 18. September 1957 in Bonn, Bl. 7, SPD-Parteivorstand Protokolle, Archiv der sozialen Demokratie [künftig zitiert: AdsD].

¹⁰ Gerhard Weisser an Erich Ollenhauer, 17. Oktober 1957, Bestand Erich Ollenhauer 387, AdsD.

Verlegenheit Ausdruck zu verleihen, dass es für die Programmkommission zeitlich unmöglich sei, einen gut durchdachten Grundsatzentwurf vorzulegen, wenn man der Weisung Ollenhauers Folge leiste. Reforme wie Erler und Wehner kritisierten, der Zeitplan Ollenhauers sei ungenau und übereilt.¹¹

Infolgedessen leisteten sowohl die Reforme, Personen wie Erler und Wehner gegen Ollenhauers Pläne Widerstand, die eigentlich die schnelle Aufstellung des Grundsatzprogramms verlangt hatten. Ollenhauer isolierte sich gänzlich auf der Sitzung des Parteivorstands im Oktober 1957, aber somit setzte er sich dennoch mit seinem Zeitplan vollständig durch.

Gleich nach der Wahl 1957 interessierten sich die Reforme ganz im Gegensatz zu Ollenhauer überhaupt nicht für die schnelle Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Die Reforme konzentrierten sich auf die Organisationsreform und den Führungswechsel. Sie forderten die Trennung von „Politik und Verwaltung“, die nach der Bundestagswahl 1953 von Ollenhauer abgelehnt worden war. Die Kritik an den besoldeten Mitgliedern des Parteivorstands nahm nach der Bundestagswahl 1957 unter den allgemeinen Parteimitgliedern zu, während der Einfluss der Reforme weiter anstieg.

Für die Parteireform als Organisationsreform sowie für den Führungswechsel wurde ein Bündnis von Carlo Schmid, Fritz Erler und Herbert Wehner gegen das „Büro“ geschmiedet.¹² Ollenhauer selbst wurde bei der Wahl des Fraktionsvorstands anlässlich der neuen Legislaturperiode zwar als Fraktionsvorsitzender bestätigt, aber die Wiederwahl des stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Wilhelm Mellies, der seit 1952 Ollenhauer als stellvertretender Parteivorsitzender unterstützt hatte, wurde trotz

¹¹ Sitzung des Parteivorstands am 16.10.1957 in Berlin, Bl. 7, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdSD.

¹² Carlo Schmid, Erinnerungen, Bern/München/Wien 1979, S. 660-662.

verzweifelten Anstrengungen Ollenhauers abgelehnt. Als stellvertretende Fraktionsvorsitzende wurden drei Vertreter der Reformer (Schmid, Erler, Wehner) gegen den Widerstand Ollenhauers gewählt. Dieses Wahlergebnis im Herbst 1957 war eine klare Niederlage Ollenhauers gegen die Reformer¹³, auf die schließlich auf dem Stuttgarter Parteitag im Mai 1958 mit der umgesetzten Organisationsreform die endgültige Niederlage Ollenhauers folgte. Dies ist zumindest die geltende Ansicht in der Forschung, die im Folgenden überprüft werden soll.

In der Sitzung des Parteivorstands am 20. November 1957, die nach der Niederlage bei der Wahl des Fraktionsvorstands stattfand, hatte Ollenhauer ein erhitztes Streitgespräch mit den Reformern über die Gestaltung und Funktion des Parteivorstands. Seit dem Wiederaufbau der SPD hatten die wenigen besoldeten Mitglieder, die sich immer im Büro des Parteizentrums befanden, die Macht bei den wichtigen Parteiangelegenheiten in ihren Händen.

Zwischen den besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstands gab es einen großen Kompetenzunterschied. Die Unbesoldeten konnten sich lediglich an der Sitzung des Parteivorstands, die durchschnittlich nur einmal im Monat stattfand, zu Wort melden. Unter den Besoldeten war es zur Gewohnheit geworden, schon vor der Sitzung wichtige Entscheidungen zu treffen. Viele einflussreiche Persönlichkeiten der Reformer gehörten als Bundestagsabgeordnete, Ministerpräsidenten oder Bürgermeister zu den unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstands. Sie forderten, die Doppelstruktur des Parteivorstands abzuschaffen und den Vorstand zu reorganisieren, damit sich dieser öfter versammeln könne, um so als Ganzes effektiv zu funktionieren.

¹³ Hartmut Soell, Fritz Erler. Eine politische Biographie, Bd. 1, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 301-303; Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 404-406.



Willy Birkelbach auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959

In der Sitzung am 20. November machte Willi Birkelbach (Vorsitzender des Bezirks Hessen-Süd), obwohl er selbst kein Reformier, sondern ein Vertreter der Partei-Linken war, den Vorschlag, dass die SPD einen häufig tagenden kleinen Vorstand und einen erweiterten Vorstand bräuchte. Der kleine Vorstand solle neben dem Vorsitzenden und dem Kassierer aus elf bis dreizehn Mitgliedern bestehen, der erweiterte Vorstand aus 40 direkt gewählten Mitgliedern. Die hauptamtliche Parteibürokratie dürfe nicht als politische Führung tätig sein. Waldemar von Knoerlingen stimmte Birkelbachs Vorschlag zu und gab dem „kleinen Vorstand, der häufig tagt“, den Namen „Parteipräsidium“.¹⁴ Das Parteipräsidium werde innerhalb des Parteivorstands eingerichtet und aus echten, fähigen Vertretern der gesamten Partei gebildet,

¹⁴ Sitzung des Parteivorstands am 20.11.1957 in Bonn, Bl. 5-6, 8, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.



Waldemar von Knoeringen auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959

um die bisherigen unglücklichen Gegensätze zwischen besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern des Parteivorstands zu überwinden.¹⁵

¹⁵ Waldemar von Knoeringen, Vorschlag zur Änderung des sozialdemokratischen Parteistatuts, 2. Dezember 1957, Bl. 1-7, PV-Bestand Programmatik K11 Parteidiskussion II 1957/58, AdsD.

Ollenhauer widersetzte sich in dieser Sitzung dem Vorschlag Birkelbachs und betonte die Notwendigkeit besoldeter Mitglieder, die sich ständig im Büro des Parteizentrums Parteiangelegenheiten widmen sollten. Er erkannte jedoch die Notwendigkeit, Überlegungen zu einer Reform der Parteiorganisation, die in der Zeit Schumachers etabliert worden war, anzustellen und schlug vor, eine Kommission zur Beratung der Organisationsreform einzusetzen. Nach dem Vorschlag Ollenhauers sollte die Kommission aus sieben Personen (Ollenhauer, Mellies, Alfred Nau, Schmid, Erler, Wehner, von Knoeringen) bestehen.¹⁶

Es ist bemerkenswert, dass die Mehrheit dieser „Siebener Kommission“ von Reformern (Schmid, Erler, Wehner, von Knoeringen) besetzt wurde. Es wurde zwei besoldeten hauptamtlichen Mitgliedern des Parteivorstands, Fritz Heine (der Erste der Parteibürokraten und der Presse- und Propagandachef) und Max Kukil, der für die Parteiorganisation zuständig war, nicht erlaubt, Teil dieser Kommission zu werden.

Nach der Wahlniederlage 1953 hatte sich Ollenhauer gegenüber der Forderung der Organisationsreform ganz anders verhalten. Dabei wurde von ihm auch eine Kommission eingesetzt, um eine Organisationsreform zu diskutieren. Er hatte jedoch als federführend in der Kommission Max Kukil ernannt und die Mehrheit dieser Kommission mit Traditionalisten sowie den Befürwortern des „Büros“ besetzt. Es war Ollenhauer gut gelungen, durch diese Kommission zunächst die Forderungen der Reformen verpuffen zu lassen.¹⁷ Er versuchte jedoch nicht, die schwierige Situation im Herbst 1957 mit der gleichen Methode anzugehen.

Nach den geschlossenen Besprechungen machte die „Siebener Kommission“ in der Sitzung des Parteivorstands am 4. März

¹⁶ Sitzung des Parteivorstands am 20.11.1957 in Bonn, Bl. 10, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

¹⁷ Klotzbach, Der Weg zur Staatspartei, S. 313-315.

1958 ihren Vorschlag zur Führungsreform der SPD.¹⁸ Die Anzahl der Mitglieder des Parteivorstands sollte sich vergrößern. Den neuen Parteivorstand wollte man aus einem Vorsitzenden, zwei Stellvertretern, einem Schatzmeister, vier besoldeten Mitgliedern und 25 unbesoldeten Mitgliedern zusammensetzen.

Der Parteivorstand sollte in fünf getrennten Wahlgängen ausgewählt werden. Den gesonderten Wahlgang der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands, dessen Abschaffung die Reformer eigentlich stark gefordert hatten, erkannte die „Siebener Kommission“ einschließlich Schmid, Erler, Wehner und von Knoerlingen an. Das bedeutete keine Fortsetzung des bisherigen „Apparats“ der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands, weil der Kern des Vorschlags die Einsetzung eines Parteipräsidiums war, den Ollenhauer noch in der Sitzung des Parteivorstands am 20. November 1957 abgelehnt hatte.

Nach dem Vorschlag der „Siebener Kommission“ sollte das Entscheidungsorgan der Partei weiterhin der auf dem Parteitag gewählte Parteivorstand sein. Das Parteipräsidium sollte als Ausführungsorgan der vom Parteivorstand getroffenen Entscheidungen fungieren und sich aus wenigen einflussreichen Parteimitgliedern zusammensetzen, die nach dem Abschluss des Parteitags aus dem Kreise der 33 Mitglieder des Parteivorstands durch gemeinsame Abstimmung gewählt würden. Das Parteipräsidium sollte kein Organ über, sondern innerhalb des Parteivorstands sein.

Im Vorschlag der „Siebener Kommission“ war zwar noch unklar, ob sich die besoldeten Mitglieder des Parteivorstands außer den drei Vorsitzenden dem Parteipräsidium anschließen durften oder nicht. Das sollte nach der Wahl des Parteivorstands auf dem nächsten Parteitag der neue Vorstand selbst durch eine gemein-

¹⁸ Sitzung des Parteivorstands am 4. März 1958 in Bonn, Bl. 6-8, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

same Absprache entscheiden. Wegen der Einsetzung des Parteipräsidiums, dessen überwiegende Mehrheit von den Reformern besetzt würde, konnte jedoch erwartet werden, dass die besoldeten Mitglieder des Parteivorstands entmachtet werden würden.

Das bedeutete: Im Vorschlag der „Siebener Kommission“ wurde zwar der Wunsch Ollenhauers nach der Erhaltung des getrennten Wahlgangs speziell für die besoldeten Mitglieder des Parteivorstands anerkannt. Als entscheidende Konsequenz der gesamten Parteiführungsreform war dies jedoch nicht mehr das wichtigste Anliegen, da nach der Einsetzung des Parteipräsidiums die Entmachtung der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands in jedem Falle bevorstand. Mit der Zustimmung zur Einrichtung des Parteipräsidiums im März 1958 hatte sich Ollenhauer also entschieden, durch eine Auswechslung der „Generäle“, der Parteiführung als „Kaiser“ erhalten zu bleiben.

Der Vorschlag der „Siebener Kommission“ brachte somit eine spannungsgeladenen Vereinbarung zwischen Ollenhauer und vier Vertretern der Reformer (Schmid, Erler, Wehner, von Knoerlingen) zustande. Deutlich wird, dass beide Seiten bei der Erarbeitung des Vorschlags Kompromisse machen mussten. Ollenhauer akzeptierte die Einsetzung des Parteipräsidiums und die Reformer duldeten den gesonderten Wahlgang der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands.¹⁹

Aus Sicht der Reformer besaß der Kompromiss ein spezifisches Kalkül: Nach der katastrophalen Niederlage bei der Bundestagswahl im September 1957 war die Kritik der Reformer an Ollenhauer lauter geworden als je zuvor. Allerdings hatte er immer noch die Mehrheit der allgemeinen Parteimitglieder und der

¹⁹ Für den ausführlichen Inhalt des Vorschlags der „Siebener Kommission“, siehe Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, Hannover, Bonn o.J., S. 285-297.

Traditionalisten in der Partei hinter sich, so dass es für die Reformer sehr schwierig gewesen wäre, an seine Stelle als Parteivorsitzender zu treten. Es war den Reformern klar, dass daher die Zusammenarbeit mit Ollenhauer den Erfolg der Organisationsreform erleichtern würde. Die Erinnerung an die Schlappe bei der Parteireform auf dem Parteitag 1954 lastete beispielsweise schwer auf Erler.²⁰

Allerdings waren die Reformer zunächst nicht einig in der Bewertung des Vorschlags der „Siebener Kommission“. Nach Einschätzung von Reformern außerhalb der Kommission seien zu viele Kompromisse gemacht worden, da die besoldeten Mitglieder des Parteivorstands beibehalten und ihnen ein gesonderter Wahlgang zugestanden wurde. Darüber hinaus war die Beziehung der besoldeten Mitglieder zum Parteipräsidium in dem Vorschlag unklar geblieben. Es war jedenfalls nicht ausdrücklich vorgesehen, sie aus dem Parteipräsidium auszuschließen.

In diesem Sinne kritisierten einige unbesoldete Mitglieder des Parteivorstands wie Max Brauer und Hermann Veit in der Sitzung des Parteivorstands am 4. März 1958 den Vorschlag und verlangten eine Überprüfung. Der schärfste Gegner war erneut Willi Birkelbach. Er schlug vor, den gesonderten Wahlgang der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands abzuschaffen und stattdessen die Auswahl aller Mitglieder des Parteivorstands (abgesehen vom Vorsitzenden und den zwei Stellvertretern, egal ob besoldet oder nicht) in einem Wahlgang vorzunehmen. Ollenhauer lehnte den Gegenvorschlag zwar strikt ab, aber es wurde heftig darüber gestritten, ob der Parteivorstand den Vorschlag der „Siebener Kommission“ als Organisationsreformplan des Parteivorstands für den Parteitag in Mai 1958 genehmigen sollte. Birkelbach war der Einzige, der bis zuletzt dagegen stimmte. Hermann

²⁰ Fritz Erler an Hermann Brill, 21. Februar 1958, Nachlass Fritz Erler 177, AdsD.

Veit, Landtagsabgeordneter von Baden-Württemberg und ehemals stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaftspolitik, enthielt sich der Stimme. Schließlich billigten alle anderen den Vorschlag der „Siebener-Kommission“. Hier zeigte sich, dass die „Troika“ (Erler, Schmid, Wehner), die dies zusammen mit Ollenhauer vorgeschlagen hatte, den gesonderten Wahlgang der besetzten Mitglieder des Parteivorstands endgültig akzeptierte.²¹



Fritz Erler, Erich Ollenhauer und Herbert Wehner auf dem SPD-Parteitag in Stuttgart 1958

Die „Troika“ und von Knoeringen waren vorerst mit der Einsetzung des Parteipräsidiums und der substanziellen Entmachtung der hauptamtlichen Parteibürokraten des Parteivorstands einverstanden. Jedoch waren damit ziemlich viele Kritiker des

²¹ Sitzung des Parteivorstands am 4. März 1958, Bl. 8, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

„Apparats“, die nicht nur aus berühmten Bundestagsabgeordneten der Reformen, sondern auch aus politisch unterschiedlich orientierten Parteimitgliedern der Bezirke bestanden, überhaupt nicht zufrieden. So bekundete wiederum Birkelbach in der Sitzung des Bezirksvorstands Hessen-Süd am 15. März 1958 seine Entschlossenheit, den in der Sitzung des Parteivorstands am 4. März abgewiesenen Vorschlag, den getrennten Wahlgang der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands abzuschaffen, auf dem kommenden Parteitag in Stuttgart erneut zu beantragen.²² Er forderte stattdessen eine noch radikalere Organisationsreform als die „Troika“. Seine Unzufriedenheit wurde von vielen Parteifunktionären der Bezirke geteilt, so dass schließlich auf dem Stuttgarter Parteitag der getrennte Wahlgang der besoldeten Mitglieder des Parteivorstands trotz der Bitte Ollenhauers abgelehnt wurde. Der die Parteibürokratie symbolisierende Fritz Heine wurde zudem bei der gemeinsamen Wahl der Mitglieder des Parteivorstands nicht wiedergewählt.

Diese dramatische Entscheidung war zwar eine Niederlage für Ollenhauer, doch war die Entmachtung von Parteibürokraten wie Heine bereits vorher durch die Schaffung des Präsidiums entschieden worden. Und dieser Umbau der Führungsstruktur war nicht die Organisationsreform, welche Ollenhauer von der „Troika“ erst auf dem Parteitag aufgezwungen wurde, sondern die Verwirklichung des von Ollenhauer und der „Troika“ vereinbarten Vorschlags der „Siebener Kommission“. Es wäre demnach zu schlicht, diese Organisationsreform als die entscheidende und endgültige Niederlage Ollenhauers zu betrachten. Obwohl er auf dem Stuttgarter Parteitag beschädigt wurde, blieb er dennoch der „Kaiser“, indem er sich an der Entwicklung aktiv beteiligte und

²² Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 15. März 1958, Bl. 3, Nachlass Heinrich Ritzel 1216, AdsD. Birkelbach sollte sich später auch der Annahme des Grundsatzprogramms widersetzen.

die „Generäle“ im Rahmen der Präsidiumswahl (durch den neuen Parteivorstand) mit Erler, von Knoeringen, Schmid und Wehner ersetzt.

III. Erich Ollenhauer und die Abfassung des Entwurfs für das Grundsatzprogramm 1957/58

Die Reformer, die im Herbst 1957 ausnahmslos gegen die Absicht Ollenhauers, so schnell wie möglich das Grundsatzprogramm zu entwerfen, gewesen waren, blieben auch im Frühjahr 1958 skeptisch. Zum Beispiel sprach Erler öffentlich auf einem Besuch in Berlin im Februar 1958 darüber, dass die Diskussion über das Grundsatzprogramm immer noch ungenügend und die Zeit dafür noch nicht reif sei. Seiner Meinung nach würde es genügen, die Präambel des erweiterten Aktionsprogramms von 1954 noch einmal zu revidieren.²³ Hermann Brill schrieb am 14. Februar an Erler, dass die Grundsatzprogrammdiskussion von der Tagesordnung des Parteitags ausgeschlossen werden sollte.²⁴ Erwin Schoettle meinte auf der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission am 5. März 1958, es sei jetzt noch nicht an der Zeit, das Grundsatzprogramm zu entwerfen. Ollenhauer lehnte es jedoch ab, dieser wiederholten Kritik nachzugeben und bekräftigte seinen Zeitplan.²⁵

Es gelang den Reformern trotz Kritik bis kurz vor dem Parteitag nicht, sich dem Drängen Ollenhauers zu widersetzen. Dieser setzte es durch, dass auf dem Stuttgarter Parteitag der Entwurf

²³ Was ist jetzt zu tun?, in: Berliner Stimme, Jg. 8, Nr. 7 vom 15. Februar 1958, S. 7.

²⁴ Hermann Brill an Fritz Erler, 14. Februar 1958, Nachlass Fritz Erler 177, AdsD.

²⁵ Sitzung des Parteivorstands, Parteiausschusses und der Kontrollkommission am 5. März 1958 in Bonn, Bl. 1, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

des Grundsatzprogramms vorgelegt wurde. Wie wurde jedoch dieser Entwurf des Grundsatzprogramms in dieser schwierigen Situation ausgearbeitet?

Die Unterausschüsse der Programmkommission, die bis zum Ende der Wahl von 1957 nicht selbstständig tagen durften, begannen nach der Wahl sehr intensiv zu arbeiten. Besonders der Unterausschuss Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission unter der Federführung von Gerhard Weisser war nicht nur mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik, sondern auch mit der „Zeitanalyse“ beauftragt, die der Unterausschuss Grundsatfragen der Programmkommission zuvor aufgegeben hatte. Mit dieser Aufgabe übernahm der Unterausschuss Wirtschafts- und Sozialpolitik die führende Rolle in der gesamten Programmkommission.

Nach der Bundestagswahl wurde die erste Sitzung des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Eichler die bisherigen Ergebnisse der Programmdiskussion und die Situation der Programmkommission zusammenfasste, am 26. Oktober 1957 abgehalten. Das war jedoch fast eine Wiederholung des Berichts, den Eichler am 7. Juni 1956 auf der Sitzung der Programmkommission gegeben hatte.²⁶ Dies bedeutete, dass es in der Zwischenzeit keine bedeutenden Fortschritte in der Programmarbeit gegeben hatte.

Außerdem lösten sich die innerparteilichen Gegensätze zwischen der Programmkommission und den Unterausschüssen sowie zwischen den Unterausschüssen beim Parteivorstand, die bis September 1957 die Arbeit der Programmkommission gestört hatten, nach der Bundestagswahl nicht auf, sondern verstärkten

²⁶ Kurzprotokoll zu einer Sitzung des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission, 26. Oktober 1957, Bl. 1, Nachlass Heinrich Deist 39, AdsD; Sitzung der Programmkommission am 7.6.1956 in Bonn, Bl.1-5., Nachlass Heinrich Deist 39, AdsD.

sich eher. Am schlechtesten war es insbesondere um das Verhältnis zwischen dem Unterausschuss Wirtschafts- und Sozialpolitik unter Gerhard Weisser und dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss unter Hermann Veit bestellt. Weisser erwartete zwar, dass der Wirtschaftspolitische Ausschuss nach der Bundestagswahl an seinem Unterausschuss mitwirken und ihn unterstützen würde, wurde aber enttäuscht.

Nach der Bundestagswahl im September 1957 hatte Ollenhauer die Programmkommission dazu angewiesen, nach Vorbild des gerade in Arbeit befindlichen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) das eigene Grundsatzprogramm so schnell wie möglich zu entwerfen.²⁷ Diese Anweisung Ollenhauers wollte Weisser nicht akzeptieren. Er hatte sich seit der Ära Schumachers der Programmdiskussion der deutschen Sozialdemokratie gewidmet, so dass Ollenhauers Aufforderung Weisser fast einer Beleidigung seiner langjährigen wissenschaftlichen Bemühungen gleich kam.²⁸ Daher arbeitete sein Unterausschuss so weiter, als hätte es diesem Hinweis nicht gegeben.

Am 28. November 1957 setzte der Unterausschuss Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission die Diskussion über die „Zeitanalyse“ fort, die seit Langem als wichtigster Bestandteil angesehen worden war und daher an den Anfang des neuen Grundsatzprogramms gestellt werden sollte. Der Vorsitzende des Ausschusses Weisser setzte sich sehr energisch und ernsthaft für diese Aufgabe ein und legte als Diskussionsgrundla-

²⁷ Rede von Erich Ollenhauer in der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission am 25. September 1957 in Bonn (Anlage der Sitzung), Bl. 13, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD. Rede von Erich Ollenhauer in der gemeinsamen Sitzung von Parteivorstand, Parteiausschuss und Kontrollkommission am 14. Dezember 1957 in Bonn (Anlage der Sitzung), Bl. 17, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

²⁸ Gerhard Weisser an Erich Ollenhauer, 25. Januar 1958, Bestand Erich Ollenhauer 228, AdsD.

ge die Schrift „Die Zeit, in der wir wohnen“ vor.²⁹ Die Materialien für diese Schrift bestanden aus bereits bekannten Aufsätzen und Artikeln, die Weisser schon früher als Wortführer des „Freiheitlichen Sozialismus“ abgefasst hatte.

„Freiheitlicher Sozialismus“ behauptete sich in der Partei seit den Mehlemer Thesen und der „Berliner Präambel“ des auf dem Berliner Parteitag erweiterten Aktionsprogramms von 1954. Aber Formulierung und Stil der Schrift von Weisser, der seit 1950 als ordentlicher Professor für Sozialpolitik und Genossenschaftswesen an der Universität Köln lehrte, waren geschichtsphilosophisch so schwierig, dass Parteimitglieder den Inhalt kaum verstehen konnten.

Nach Ansicht Weissers war der Grundstein für ein Grundsatzzprogramm, das sich auf dem Geist des „Freiheitlichen Sozialismus“ stützen sollte, bereits auf dem Berliner Parteitag von 1954 mit der Annahme der „Berliner Präambel“ des erweiterten Aktionsprogramms gelegt worden. Er war deshalb sehr frustriert, dass es der Parteiführung an Bemühung und Willen fehlte, mit ihrer Autorität in der gesamten Partei den „Freiheitlichen Sozialismus“ zu verbreiten und zu propagieren. Bei einer Versammlung der Parteifunktionäre in Süddeutschland machte Weisser die schockierende Erfahrung, dass 80 Prozent der Teilnehmer die „Berliner Präambel“ nicht kannten. Er kritisierte Ollenhauer, indem er nicht der Programmkommission, sondern der Parteiführung die Schuld an dieser bedauerlichen Unkenntnis gab.³⁰ So vertiefte sich sein Konflikt mit Ollenhauer.

Weisser hielt es für fast unmöglich, in dieser schwierigen Situation innerhalb weniger Monate einen guten Entwurf für das

²⁹ Kurzprotokoll einer Sitzung des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission, 28. November 1957, Bl. 1-2, Nachlass Heinrich Deist 39, AdsD.

³⁰ Gerhard Weisser an Erich Ollenhauer, 8. Januar 1958, Bestand Erich Ollenhauer 228, AdsD.

Grundsatzprogramm anzufertigen, in dem die Ergebnisse der langjährigen, wissenschaftlichen Programmdiskussion verwertet würden. Er bat Ollenhauer Anfang 1958 allerdings vergeblich darum, ihnen noch mehr Zeit zu gewähren, um einen Entwurf mit einem wissenschaftlich höheren Standard abzufassen.³¹ Im Gegensatz zu Weisser folgte Eichler (der Wortführer des „Ethischen Sozialismus“) gehorsam der Anweisung Ollenhauers, obwohl auch er mit dem extrem engen Zeitplan Ollenhauers im Grunde unzufrieden war.

Am 30. Januar 1958 wurde auf der Sitzung des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission an Stelle des vorhandenen Entwurfs von Weisser, der dafür schwer kritisiert worden war, ein neuer Entwurf der „Zeitanalyse“ vorgelegt. Dieser war von Rudolf A. Pass, Hermann Bortfeldt und Willi Eichler abgefasst worden. Nach einer Diskussion wurde dieser neue Entwurf grundsätzlich akzeptiert und entwickelte sich zur „Zeitanalyse“ des Stuttgarter Entwurfs.³²

Der Grundsatz der Wirtschaftspolitik der SPD war durch Karl Schillers berühmtes Schlagwort „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“ im auf dem Berliner Parteitag 1954 revidierten Aktionsprogramm (Berliner Programm) weithin bekannt. Im Berliner Programm findet sich jedoch auch der Abschnitt: „Eine dem volkswirtschaftlichen Bedarf entsprechende Versorgung mit Kohle, Eisen, Stahl und Energie ist die Voraussetzung für die Volksbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum zu sichern. Allein dadurch werden die volkswirtschaft-

³¹ Gerhard Weisser an Erich Ollenhauer, 25. Januar 1958, Bestand Erich Ollenhauer 228, AdsD.

³² Kurzprotokoll der Sitzung vom 30. Januar 1958 des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission, Bl. 1, Nachlass Heinrich Deist 39, AdsD.

lich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen ermöglicht [...]. Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft umso mehr geboten [...].³³

Die offizielle Anerkennung der These „Wettbewerb so weit wie möglich, Planung so weit wie nötig“ bedeutete demnach keineswegs den vollkommenen Verzicht auf die „Sozialisierung“. Diese beschränkte sich lediglich auf das Gebiet der Grundstoffwirtschaft. Die SPD betonte, bei der grundsätzlichen Achtung der Marktwirtschaft sei die „Sozialisierung“ etwas ganz anderes als die Verstaatlichung in einer kommunistischen Diktatur.

Trotz solcher Erklärungen der SPD wurde das symbolische Wort „Sozialisierung“ weiterhin sehr negativ besetzt wahrgenommen. Auch beim Wahlkampf 1957 war die Propaganda der CDU/CSU, die den Sozialismus der SPD wegen der „Sozialisierung“ mit dem Kommunismus gleichsetzte, sehr wirksam unter den Wahlberechtigten. Obwohl die SPD die Vergesellschaftung als Hauptforderung nicht mehr betonte, verursachte sie Missverständnisse und wirkte sich ungünstig aus. Daher war es eine schwierige Frage, wie man die „Sozialisierung“ im neuen Grundsatzzprogramm behandeln sollte.

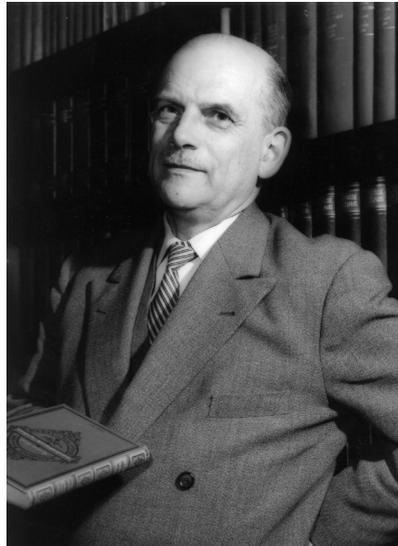
Weisser berief sich auf das Berliner Programm und brachte als Formulierung „die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum“ ein. Um die These zu unterstreichen, dass die Formulierung „nichts mit einer allgemeinen Eigentumsfeindlichkeit zu tun haben kann,“ schlug er vor, die Eigentumsbildung für die bisher Vermögungslosen zu fördern.³⁴ Heinrich Deist war ebenfalls der Ansicht, dass es nötig sei, einige Industriebereiche wie Kohle in Gemeineigentum zu überführen. Inhaltlich war die Kontinuität der Wirtschaftspolitik des Berliner Programms er-

³³ Dieter Dowe / Kurt Klotzbach (Hg.), *Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie*, Bonn ³1990, S. 322.

³⁴ Gerhard Weisser an Carlo Schmid, 2. Oktober 1957, Nachlass Carlo Schmid 671, AdsD.



*Heinrich Deist auf dem SPD-Parteitag
in Hannover 1960*



Gerhard Weisser, 1955

kennbar, aber Deist schlug vor, statt „Sozialisierung“ den neuen Begriff „Öffentliche Kontrolle“ zu verwenden, um Angriffe des Gegners zu vermeiden. Seiner Meinung nach war die „Öffentliche Kontrolle“ nicht nur einfach ein anderer Ausdruck für „Sozialisierung“, sondern ein breiter Begriff für eine demokratisch kontrollierte Wirtschaftspolitik. Eichler beauftragte Deist, sich verstärkt an der Erarbeitung zum wirtschaftspolitischen Teil des Entwurfs des Grundsatzprogramms zu beteiligen.³⁵ Deist gewann allmählich immer stärkeren Einfluss in der Programmkommission, während Weisser argumentativ an Boden verlor, wodurch sich die politische Auseinandersetzung zwischen den beiden verhärtete.

Eichler hatte je einen Beauftragten für die einzelnen Kapitel (Wirtschaftspolitik - Deist, Sozialpolitik - Preller, Kulturpolitik -

³⁵ Kurzprotokoll einer Sitzung des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission, 12. Dezember 1957, Bl. 1-3, Nachlass Heinrich Deist 39, AdsD.

Eichler, Verfassungspolitik - Arndt) bestimmt. Er versuchte, die Entwürfe jedes Kapitels miteinander zu verbinden, die völlig unabhängig voneinander in verschiedenen Stilen angefertigt wurden.

Es war festgesetzt worden, im Mai 1958 den Stuttgarter Parteitag zu veranstalten. Jedoch wurden erst Anfang April 1958 bei Eichler alle Teilentwürfe abgegeben, und daraufhin begann er, die umfangreichen Materialien zu bearbeiten. Er benachrichtigte am 25. April den Parteivorstand von der Fertigstellung des Entwurfs des Grundsatzprogramms.³⁶ Jedoch war die Zeit zu knapp, um den Entwurf bis zum von Ollenhauer verlangten Termin (Februar 1958) auszuarbeiten.

Dieser provisorische Stuttgarter Entwurf bestand aus acht Kapiteln und war ein sehr mächtiges Dokument, das neunmal so lang geraten war wie das Heidelberger Programm. Die an den Anfang gesetzte „Zeitanalyse“ nahm ungefähr 30 Prozent des gesamten Entwurfs ein. Die „Zeitanalyse“ war nicht nur als geschichtsphilosophischer Teil, sondern auch als Fundament des gesamten Grundsatzprogramms konzipiert worden. Das heißt, die Essenz und die Hauptargumentationspunkte des gesamten Grundsatzprogramms sollten in der „Zeitanalyse“ aufgezeigt und nachher ausführlich in den folgenden Kapiteln dargestellt werden. Als Ergebnis der getrennten Abfassung und des Zeitmangels blieben jedoch im Entwurf noch an vielen Stellen Wiederholungen und Unterschiede im Ausdruck bestehen. Der Stuttgarter Entwurf war im Ganzen sehr ungeordnet und unbefriedigend, so wie Weisser im Herbst 1957 befürchtet hatte.

³⁶ Helmut Köser, Die Grundsatzdebatte der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Phil. Diss. Freiburg i. Br. 1971, S. 249.

IV. Programmarbeit in der Sackgasse? Die Arbeit am Grundsatzprogramm nach dem Stuttgarter Parteitag

Der Entwurf des Grundsatzprogramms wurde auf dem Stuttgarter Parteitag heftig kritisiert. Ein Delegierter sagte, dass der sprachliche Ausdruck des Entwurfs nicht unerheblich sei und noch einer sehr eingehenden Überarbeitung bedürfe: „Vergessen wir nicht, daß das, was wir sagen und was wir schreiben, für den Kreis von Menschen bestimmt ist, der in seiner großen Mehrheit nur aus dem Volksschule kommt!“³⁷

Es reichte nicht, den Stuttgarter Entwurf inhaltlich zu diskutieren. Die meisten Delegierten verspürten dazu keine Lust, weil der Entwurf zu wissenschaftlich und zu schwierig war. Ihm fehlte ein einheitlicher und konsequenter Leitgedanke. Der Stuttgarter Entwurf war unpopulär und schien als Diskussionsgrundlage nicht akzeptabel. Auch mit einigen Verbesserungen war es nicht möglich, den endgültigen Entwurf fertigzustellen. Entgegen den Erwartungen Ollenhauers bot der Stuttgarter Parteitag keinen Grund zu der Annahme, dass das Grundsatzprogramm bald angenommen werden würde.

Die Reformer spielten keine entscheidende Rolle bei der Abfassung des Stuttgarter Entwurfs. Sie beschäftigten sich mit Tagesaufgaben und hauptsächlich mit der Organisationsreform. Aber konnten die Reformer die Führung bei der Erarbeitung des Grundsatzprogramms nach dem Stuttgarter Parteitag ergreifen?

Niemand bezweifelte, dass der Stuttgarter Entwurf gründlich überprüft werden musste. Das sollte eigentlich die Aufgabe der Programmkommission unter dem Vorsitz Eichlers sein. Man war sich jedoch in der Partei nicht darüber einig, wo und von wem der Entwurf revidiert werden sollte. Die Gegensätze zwischen

³⁷ Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, S. 393.

der Programmkommission und den Unterausschüssen beim Parteivorstand (besonders dem Wirtschaftspolitischen Ausschuss) verschärften sich nach dem Stuttgarter Parteitag.

Den Vorsitz des Wirtschaftspolitischen Ausschusses übernahm nach dem Stuttgarter Parteitag Heinrich Deist, der auf dem Parteitag die wichtige Rolle des Referenten für Wirtschaftspolitik spielte. Er wurde zum Mitglied des Parteipräsidiums und zum stellvertretenden Vorsitzenden der Bundestagsfraktion gewählt.

Deist äußerte auf der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses am 28. November 1958, dass die Programmkommission eine ad hoc-Kommission sei, die mit der Vorlage des Stuttgarter Entwurfs ihre Arbeit zunächst abgeschlossen habe.³⁸ Er zog die Fähigkeiten der Programmkommission, die einen so schlechten Entwurf vorgelegt hatte, in Zweifel. Deist hielt hingegen den Wirtschaftspolitischen Ausschuss nicht nur für die Tagespolitik, sondern auch für wirtschaftspolitische Grundsatzfragen zuständig.³⁹ Er konstatierte, dass sein Ausschuss auf der nächsten Sitzung den wirtschaftspolitischen Teil des Grundsatzprogramms behandeln wolle.⁴⁰

Stimmen wie die von Fritz Baade beharrten noch darauf, dass die in den letzten Jahren entwickelte Programmatik insgesamt eine hoffentlich nur kurzfristige Abweichung von der grundsätzlichen sozialdemokratischen Politik sei, und dass die Lösung der Hauptprobleme nur durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erfolgen könne.⁴¹ Ein solcher Gedanke, der mit der wirtschaftspolitischen EntschlieÙung auf dem Stuttgarter Partei-

³⁸ Protokoll der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD am 28. November 1958, Bl. 6, Nachlass Heinrich Deist 12, AdsD.

³⁹ Ebd., Bl. 8.

⁴⁰ Ebd., Bl. 10.

⁴¹ Ebd., Bl. 5.

tag „Freiheitliche Ordnung der Wirtschaft“⁴² unvereinbar war, besaß zwar keine Majorität, aber noch einen gewissen Einfluss in der Partei, den man noch nicht ignorieren konnte.

Die nächste Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses fand am 23./24. Januar 1959 statt. Im Gegensatz zu Gegnern wie Baade weigerte sich Deist, das Wort „Vergesellschaftung“ oder „Sozialisierung“ zu verwenden, und schlug als Schlagwort für die Wirtschaftspolitik der SPD erneut den Begriff der „Öffentlichen Kontrolle“ vor.⁴³ Jedoch brach in der Sitzung eine konfuse Diskussion aus. Nach dieser Sitzung im Januar 1959 musste es Deist jedoch wegen der großen Meinungsverschiedenheiten im Wirtschaftspolitischen Ausschuss aufgeben, die Abänderung des wirtschaftspolitischen Teils des Stuttgarter Entwurfs in diesem Ausschuss zu vollenden.

Ähnliche Irritationen traten auch in anderen Bereichen auf. Zum Beispiel wurde im Bereich der Sozialpolitik beklagt, dass es keine Arbeitsbeziehung zwischen Ludwig Preller (Vorsitzender des Sozialpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand und Verfasser des sozialpolitischen Teils des Stuttgarter Entwurfs) und Ernst Schellenberg (Fachmann für Sozialpolitik in der Bundestagsfraktion) gab. Es wurde fortwährend darüber gestritten, ob die Abschnitte „Wirtschaftspolitik“ und „Sozialpolitik“ zusammengefasst oder getrennt werden sollten.⁴⁴

Von nahezu allen Bezirken wurden nach dem Stuttgarter Parteitag Arbeitsgemeinschaften gegründet, die sich mit dem Stuttgarter Entwurf befassten. Eichler referierte auf mehreren hundert

⁴² Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, S. 489-494.

⁴³ Protokoll der Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD vom 23./24. Januar 1959, Bl. 2-5, Nachlass Heinrich Deist 44, AdsD.

⁴⁴ Marta Schanzenbach an Carlo Schmid, 24. September 1958, Nachlass Carlo Schmid 1406, AdsD.

Veranstaltungen über das Grundsatzprogramm.⁴⁵ Obwohl die innerparteiliche Diskussion auf vielen verschiedenen Ebenen der Parteigliederungen lebhaft in Gang kam, darf man nicht übersehen, dass bis Anfang Januar 1959 nicht entschieden war, wo und wie der Stuttgarter Entwurf revidiert werden sollte. Die Programmkommission begann in der Tat schon das innerparteiliche Vertrauen zu verlieren und die Programmarbeit geriet einmal mehr nach dem Stuttgarter Parteitag in eine Sackgasse.

V. Die Überwindung der Stagnation im Entstehungsprozess

In dieser Krisenzeit bestimmte das Parteipräsidium auf der Sitzung vom 26. Januar 1959 die Aufnahme der Anträge zum Stuttgarter Entwurf am 30. Juni 1959 abzuschließen und einen außerordentlichen Parteitag vom 13. bis 15. November 1959 abzuhalten, an dem die SPD das Grundsatzprogramm annehmen sollte. Gleichzeitig entschloss sich das Parteipräsidium, Benedikt Kautsky darum zu bitten, den Stuttgarter Entwurf zu überprüfen.⁴⁶ Er war ein Sohn von Karl Kautsky und einer der Hauptverfasser des 1958 angenommenen Grundsatzprogramms der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ).

Es gibt einen von Eichler geschriebenen Vermerk, in dem er selbst den Stuttgarter Entwurf (E) mit dem neuen Grundsatzprogramm der SPÖ (Ö) verglich.⁴⁷ Nach der Einschätzung Eichlers

⁴⁵ Mann, Das Godesberger Grundsatzprogramm, S. 234.

⁴⁶ Sitzung des Präsidiums am 26. Januar 1959, Bl. 1, SPD-Parteivorstand Sitzungen des Präsidiums, AdsD.

⁴⁷ Eichler, Vergleich des Entwurfs eines neuen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands mit dem neuen Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, 3 Blätter, Nachlass Sänger 55, AdsD.



Willi Eichler auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959

könne man inhaltlich zwischen beiden weitgehende Übereinstimmung finden, obwohl es in einigen Punkten auch Unterschiede gebe. Die großen Unterschiede seien an der äußeren Form ablesbar. Zum Beispiel betrage der Umfang der Österreicher 16 ½ (Ö), in Deutschland 48 Seiten (E). Der Aufbau zeichne sich auf der einen Seite durch Klarheit, gleichmäßige Durchführung, symmetrische und treffende Gruppenüberschriften aus (Ö), dagegen sei der deutsche Entwurf durch Unübersichtlichkeit sowie disproportionale Verhältnisse der Teile untereinander gekennzeichnet. Die Sprache des neuen Grundsatzprogramms der SPÖ sei bewusst klar und knapp gehalten sowie in einer Pflichtschulbildung angemessenen, verständlichen Ausdrucksweise mit kurzen Sätzen und einheitlicher Diktion verfasst. Im Gegensatz dazu sei der

Stuttgarter Entwurf mehr im Stil eines wissenschaftlichen Aufsatzes, stellenweise stark theoretisierend sowie mit deutlichen Diktionsunterschieden gehalten.

Ollenhauer wiederholte nach der Wahlniederlage 1957 seinen Hinweis, dass die SPD bei der Programmdiskussion das neue Grundsatzprogramm der SPÖ berücksichtigen sollte, um das Eigene so schnell wie möglich auszuarbeiten. Gegen diese Äußerung hegten nicht wenige in der SPD Abneigungen. Hermann Brill etwa schrieb an Fritz Erler: „Es macht sich nicht gut, wenn die ‚reichsdeutschen Genossen‘ nun so etwas wie ein Plagiat an der Arbeit von Benedikt Kautsky begehen. Für Deutschland stehen auch andere Probleme zur Diskussion als für den verschrumpelten Kleinstaat Österreich.“⁴⁸

Jedoch gestand etwa Eichler, der das Österreichische Programm als erfolgreich betrachtete, auf dem Parteitag 1958 in Bezug auf die Programmdiskussion ein, dass die SPÖ der SPD immer um eine Pferdelänge voraus sei.⁴⁹ Vielleicht empfanden Eichler und auch Ollenhauer eine Art Unterlegenheit bezüglich des Grundsatzprogramms der SPÖ. Um einen Ausweg aus der ins Stocken geratenen Angelegenheit zu finden, entschied sich Ollenhauer im Januar 1959, Kautsky darum zu bitten, direkt am Ausarbeitungsprozess des Grundsatzprogramms der SPD teilzunehmen.

Kautsky beteiligte sich an der Sitzung des Parteipräsidiums am 6. Mai 1959 und kommentierte den Stuttgarter Entwurf. Er berichtete von seinen eigenen Erfahrungen bei der Ausarbeitung des Grundsatzprogramms der SPÖ und bekundete seine Bereitschaft, zur Erarbeitung des neuen zweiten Entwurfs der SPD beizutragen. Nach der sich anschließenden Diskussion fasste Ollen-

⁴⁸ Hermann Brill an Fritz Erler, 14. Februar 1958, Nachlass Fritz Erler 177, AdsD.

⁴⁹ Protokoll der Verhandlungen des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 18. bis 23. Mai 1958 in Stuttgart, S. 454.

hauer die Entscheidungen dieser Sitzung in den folgenden Punkten zusammen:

1. Der zweite Entwurf werde mit dem Ziel der Kürzung und Straffung sowie der Berücksichtigung der vorliegenden Anträge erarbeitet. Er solle nach der Fertigstellung im Parteivorstand beraten werden. Der Parteivorstand müsse die politische Entscheidung fällen. Der endgültige Entwurf solle als Vorlage des Parteivorstands dem Parteitag vorgelegt werden.
2. Das Grundsatzprogramm löse das Aktionsprogramm von 1952 ab. Programmatische Erklärungen zu aktuellen Themen müssen dann auf der Grundlage des Grundsatzprogramms erfolgen.
3. Im zweiten Entwurf solle auf eine „Zeitanalyse“ verzichtet werden.
4. Die weitere Bearbeitung werde einer kleinen Kommission übertragen. Der Parteivorstand gebe den Auftrag an diese neue Kommission.
5. Der zweite Entwurf solle auf der Sitzung des Parteivorstands am 21. Juli beraten werden.⁵⁰

Zwei Entscheidungen sind besonders bemerkenswert, wenn man den bisherigen Erarbeitungsprozess des Grundsatzprogramms und die Bemühungen der Programmkommission unter Eichler berücksichtigt. Erstens wurde die Entscheidung getroffen, auf die „Zeitanalyse“ zu verzichten, obwohl diese als Teil der geschichtsphilosophischen Analyse von der Programmkommission als Zentrum und wichtigster Abschnitt des Grundsatzprogramms betrachtet wurde. Eichler (Vertreter des „Ethischen Sozialismus“) und Weisser (Vertreter des „Freiheitlichen Sozialismus“) wollten die „Zeitanalyse“ seit Langem als Abschluss und Essenz ihrer langjährigen wissenschaftlichen und theoretischen Diskussion über den demokratischen Sozialismus an den

⁵⁰ Sitzung des Präsidiums und interessierter Genossen des Parteivorstands am 6. Mai 1959, Bl. 1-2, SPD-Parteivorstand Sitzungen des Präsidiums, AdsD.

Anfang des Grundsatzprogramms setzen. Doch wurde oftmals der Stuttgarter Entwurf aufgrund seines wissenschaftlich und theoretisch hohen Niveaus der „Zeitanalyse“ als zu schwierig, langatmig und umständlich kritisiert. Die Entscheidung im Mai 1959, die „Zeitanalyse“ völlig zu streichen, war vermutlich (nicht nur) für Eichler sehr schmerzhaft.

Zweitens bedeutete die Entscheidung vom Mai 1959, dass die Programmkommission in der letzten Phase der Ausfertigung des entgeltigen Entwurfs für das Grundsatzprogramm ausgeschlossen wurde. Der Stuttgarter Entwurf wurde zwar von der Programmkommission vorgelegt, aber Ollenhauer gestattete ihr nicht, den zweiten Entwurf vorzuschlagen. Weisser brachte noch im Jahre 1959 als Vorsitzender des Unterausschusses Wirtschafts- und Sozialpolitik der Programmkommission viele lange und schwierige Verbesserungsanträge in den Parteivorstand ein. Der Parteivorstand hielt es jedoch nicht mehr für nötig, Weissers Vorschläge zu diskutieren.⁵¹ Weisser, der sich seit der Ära Schumacher immer im Zentrum der Programmdiskussion befunden hatte, wurde in der abschließenden Etappe völlig herausgehalten.

Auf der Sitzung des Parteipräsidiums am 6. Mai wurde keine Erklärung über die Zusammensetzung einer vom Parteivorstand in Auftrag gegebenen „kleinen Kommission“ (künftig „Redaktionskommission“) abgegeben. Ollenhauer hatte sich schon vorher entschlossen, den Journalisten Fritz Sänger, der damals bei der Deutschen Presse-Agentur (dpa) arbeitete, zum Hauptverfasser zu ernennen.

Am 29. April 1959 nahm Ollenhauer zum ersten Mal bezüglich dieser Angelegenheit Verbindung mit Sänger auf. Ollenhauer kritisierte den theorieüberladenen Stuttgarter Entwurf scharf und

⁵¹ Rudolf A. Pass an Gerhard Weisser, 12. Mai 1959, Nachlass Heinrich Deist 11, AdsD; Rudolf A. Pass an Otto Blume, Horst Heidemann, Erich Potthoff, 20. April 1959, Nachlass Heinrich Deist 44, AdsD.

betrachtete diese Schrift nicht als „Entwurf des Grundsatzprogramms“, sondern als „Vorlage für den Entwurf“. Ollenhauer ersuchte Sänger, von der dpa Abschied zu nehmen und sich ausschließlich mit der Ausarbeitung des neuen Entwurfs zu beschäftigen. Sänger, der bis zu diesem Zeitpunkt nicht zur Programmkommission gehört hatte, konnte seine Verlegenheit nicht verbergen und keine sofortige Antwort geben.⁵²

Ollenhauer führte am 8. Mai mit Sänger unter vier Augen ein erneutes Gespräch. Ollenhauer behauptete, es sei nun an der Zeit, sich für die Ausarbeitung des Grundsatzprogramms zu entscheiden. Der neue Entwurf müsse ganz nüchtern und realistisch in modernem Deutsch geschrieben werden. Er beharrte ausdrücklich darauf, dass der Entwurf erst einmal von einer Person aufgeschrieben werden müsste. Sänger solle bei dieser Arbeit mit den Praktikern reden, nicht mit Theoretikern, die ihre Arbeit getan hätten. Das Programm müsse auch für die Praxis brauchbar sein, wenn es als „Grundsatzprogramm“ bezeichnet werden solle. Die ewige philosophische Diskussion müsse jetzt beendet werden, man brauche keine intellektuellen und blumigen Formulierungen.

Sänger war wegen seiner Formulierungsgabe als gewandter Journalist in der SPD bekannt. Die täglichen Pflichten führten ihn immer wieder zur politischen und gewerkschaftlichen Arbeit. Er verspürte jedoch keine Neigung, Magebliches zu theoretischen Fragen zu schreiben oder zu kommentieren. Deswegen war er Ollenhauers erste Wahl, der ihn in seiner Magdeburger Zeit kennengelernt hatte und ihm seitdem außerordentlich vertraute. Sänger nahm den Auftrag von Ollenhauer am 8. Mai an.⁵³

⁵² Im Nachlass Fritz Sänger 53 des AdsD befindet sich die Übertragung der persönlichen Notiz Sängers, die Sänger während der Programmarbeit seit dem Ende April 1959 geschrieben hat [künftig zitiert: „Sänger Vermerk“]; „Sänger Vermerk“, 29. April 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

⁵³ „Sänger Vermerk“, 8. Mai 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

Die Mitglieder der „Redaktionskommission“ wurden in der Sitzung des Parteipräsidiums am 11. Mai bestimmt. Aus Sänger, Kautsky und Heinrich Braune (Chefredakteur der Hamburger Morgenpost) setzte sich die geschäftsführende kleine Kommission zusammen, die sich mit der Diskussionsgrundlage des neuen Entwurfs beschäftigte. Darüber hinaus sollten sich Ollenhauer und Eichler an der Überprüfung derselbigen beteiligen. Zwar gehörten anfangs alle fünf Personen zur „Redaktionskommission“⁵⁴, Eichler war jedoch die Federführung von Ollenhauer entzogen worden.

Die Sitzung des Parteivorstands am 26./27. Mai genehmigte nachträglich den Entschluss des Parteipräsidiums vom 11. Mai. Wie es scheint, hatte damit das Präsidium die Funktion des früheren „Büros“ übernommen. Die Diskussion auf der Sitzung des Parteivorstands gab Aufschluss über eine veränderte Konstellation. So war ausgerechnet Helmut Schmidt, der später als „Vertreter der Godesberger SPD“ bekannt wurde, derjenige im Parteivorstand, welcher am stärksten der Erarbeitung des Grundsatzprogramms Widerstand leistete. Er konnte nicht umhin, sich während der Programmdiskussion darüber Sorgen zu machen, dass man nach der Verabschiedung eines derartigen Grundsatzprogramms mit den Interpretationen Schwierigkeiten haben würde. Revisionsversuche würden auf jedem Parteitag stattfinden, so dass der Eindruck eines fortwährenden ideologischen Streits in der SPD entstehen könnte. Deswegen vertrat er die Ansicht, dass ausgehend von der Disposition so etwas wie die Prinzipienerklarung der Internationale von Frankfurt (1951) besser sei. Wehner hingegen kritisierte die Äußerungen Schmidts, da man nach der endgültigen Entscheidung des Parteivorstands, im Laufe des Jahres 1959 das neue Grundsatzprogramm anzunehmen, den festge-

⁵⁴ Sitzung des Präsidiums am 11. Mai 1959, Bl. 1, SPD-Parteivorstand Sitzungen des Präsidiums, AdsD.

legten Zeitplan nicht umwerfen sollte. Erler bemerkte, dass eine Prinzipienklärung nicht ausreichend sei, und auch Deist stellte fest, dass man ohne grundsätzliche Festlegungen nicht auskäme.⁵⁵

Festzuhalten bleibt, dass die einflussreichen Reformer wie Erler und Wehner, die bis Frühling 1958 gegen die schnelle Ausarbeitung des Grundsatzprogramms waren, in der Sitzung des Parteivorstands im Mai 1959 ihre Haltung geändert hatten und jetzt Ollenhauer völlig unterstützten. Es sei daran erinnert, dass Ollenhauer Sänger den Ratschlag gegeben hatte, nicht mit den Theoretikern, sondern mit Praktikern wie Erler zu reden. Man kann spekulieren, dass diese Situation im Mai 1959 ursächlich auf der unter Spannungen stehenden Zusammenarbeit zwischen Ollenhauer und der „Troika“ beruhte.

Tatsächlich trug die Umorientierung der einflussreichen Reformer dazu bei, dass die Programmarbeit 1959 rascher und reibungsloser als früher voranschritt. Jedoch ist festzustellen, dass die Reformer Ollenhauer die Initiative der Programmarbeit nicht wegnahmen. Ollenhauer hatte diese während des gesamten Zeitraums behalten und sich im Zentrum der wichtigen Entscheidungen der Programmarbeit befunden. Es waren nicht die Reformer, sondern Ollenhauer, der im Mai 1959 die „Redaktionskommission“ neu eingesetzt, Sänger als substanziellen Hauptverfasser ausgewählt und ihm diesen Auftrag gegeben hatte, um die Sackgasse nach dem Stuttgarter Parteitag zu verlassen. Die einflussreichen Reformer wie Wehner und Erler beschäftigten sich demgegenüber im Frühjahr 1959 hauptsächlich mit dem Deutschlandplan der SPD. Diese Rollenverteilung wird noch klarer, wenn man den Erarbeitungsprozess des 2. Entwurfs des Grundsatzprogramms analysiert.

⁵⁵ Sitzung des Parteivorstands am 26./27.5.1959 in Bonn, Bl. 1, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

VI. Der Prozess der Abfassung des zweiten Entwurfs seit Ende Mai 1959

Die Verlegenheit Sängers war groß, da er sich bis Mai 1959 nie mit der Programmarbeit beschäftigt hatte. Der Anweisung Ollenhauers folgend besuchte Sänger am 30. Mai zuerst Kautsky in Wien, um seinen Ratschlag einzuholen. Dieser Besuch endete jedoch in einer großen Enttäuschung für Sänger. Er notierte: „Sehr überflüssiger Besuch bei Benedikt Kautsky.“ Dieser habe nur wenig mehr als zwei Stunden Zeit gehabt und nannte den Stuttgarter Entwurf absolut unbrauchbar sowie als „im wesentlichen unsinnige Theoretisiererei.“ Zum Schluss meinte Kautsky: „[D]as müsst Ihr dort schon selber machen.“⁵⁶

Ollenhauer hätte vielleicht erwartet, dass Kautsky substantziell eine führende Rolle bei der Formulierung des neuen Grundsatzprogramms spielen würde. Aber nach der Besprechung mit Sänger in Wien schrieb Kautsky an Ollenhauer: „Ich glaube nicht, daß es zweckmäßig gewesen wäre, mir auch die Formulierung zu übertragen, nicht nur, weil ich mit Euren Spezialproblemen nicht völlig vertraut bin, sondern auch deshalb, weil es nach meiner Meinung nicht gut ist, wenn die beiden Programme unter Umständen allzusehr die gleiche Diktion verraten. Abgesehen davon ist es für mich natürlich schwer, so viel Zeit [zu] erübrigen, wie die Neuformulierung eines Programms erfordert.“⁵⁷ Dazu empfahl Kautsky, dass die künftige Formulierung des Programms von Sänger geführt werden solle und er nur Abänderungsvorschläge machen wolle. Darüber hinaus gab Kautsky den Ratschlag, dass nach den Erfahrungen in Österreich die künftige Programmarbeit in einem kleinen Kreis geschlossen

⁵⁶ „Sänger Vermerk“, 30. Mai 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

⁵⁷ Benedict Kautsky an Erich Ollenhauer, 1. Juni 1959, Bestand Erich Ollenhauer 329, AdsD.

durchgeführt und die innerparteiliche Diskussion eher vermieden werden sollte. Schließlich forderte Kautsky noch die Umgestaltung der „Redaktionskommission“. Es scheint so, als ob er den Wunsch gehabt hätte, von der „Redaktionskommission“ zurückzutreten. Er schlug vor, einflussreiche Reformer wie Erler, Wehner, Deist und einige andere als offizielle Mitglieder der „Redaktionskommission“ hinzuzufügen. Die Umgestaltung der „Redaktionskommission“ war für Ollenhauer deswegen unproblematisch, da ihr das Recht gegeben wurde, jederzeit flexibel entsprechende Genossen hinzuziehen.⁵⁸ Deswegen musste sich Sänger ohne die zuerst erwartete substanzielle Mitarbeit Kautskys abmühen.

Ollenhauer wies Sänger an, die Erarbeitung des neuen Entwurfs eilig voranzutreiben. Ollenhauer plante ein, die erste Fassung des zweiten Entwurfs am 4. Juli in der „Redaktionskommission“ mit Kautsky zur Diskussion zu stellen.⁵⁹ Sänger legte Ollenhauer die erste Fassung am 21. Juni vor: „Bonn, 10 Uhr, bei E.O. allein, erster Entwurf liegt vor, er liest ihn und wir besprechen Punkt für Punkt. Ich weise darauf hin, daß ich kaum Material benutzt und bisher nichts gelesen habe, von dem Wust an Papier, das vorliegt. Ich mußte frei aus der Hand schreiben, weil das Hin und Her der Ideen und Gedanken ungeordnet erscheint.“ Sänger hatte den Stuttgarter Entwurf mit Absicht nicht noch einmal gelesen. Ollenhauer antwortete Sänger: „Über Einzelheiten müssen wir nun sprechen, vielleicht über viele.“⁶⁰

Viele Parteimitglieder hatten nach dem Stuttgarter Parteitag an den Versammlungen der verschiedenen Parteiebenen teilge-

⁵⁸ Erich Ollenhauer an Fritz Sänger, 4. Juni 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

⁵⁹ Erich Ollenhauer an Benedict Kautsky, 16. Juni 1959, Bestand Erich Ollenhauer 329, AdsD.

⁶⁰ „Sänger Vermerk“, 21. Juni 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

nommen, wovon die Programmdiskussion sehr angeregt wurde. Diskussionsgrundlage war dabei der Stuttgarter Entwurf. Darüber hinaus wurden viele Änderungsanträge an den Parteivorstand gesandt. Ollenhauer erklärte immer wieder, das Ziel des zweiten Entwurfs sei nicht die Abfassung eines neuen Entwurfs, sondern nur die Kürzung und Straffung der langen ersten Version unter Berücksichtigung der vorgelegten Änderungsanträge. Jedoch war die Erarbeitung des zweiten Entwurfs in Wirklichkeit die Anfertigung eines ganz neuen Textes. Sänger hatte mit dem Beginn seiner Arbeit nicht die Absicht, dem Stuttgarter Entwurf als Ergebnis der langjährigen theoretischen Programmdiskussion und der mühsamen Vorbereitungsarbeit in der Programmkommission unter der Federführung Eichlers entsprechende Wertschätzung entgegenzubringen. Die „Redaktionskommission“ funktionierte als neue Programmkommission, die an den Stuttgarter Entwurf überhaupt nicht gebunden war. Sie hatte auch keine Zeit, die Änderungsvorschläge zum Stuttgarter Entwurf sorgfältig zu überprüfen. Ollenhauer forderte am 21. Juni bei der mit Sänger hinter verschlossenen Türen abgehaltenen Besprechung für die erste Fassung des zweiten Entwurfs eine gründliche Überprüfung und Umschrift.⁶¹

Die Sitzung der „Redaktionskommission“, an der Ollenhauer, Sänger, Wehner, Eichler und Kautsky teilnahmen, fand am 3./4. Juli 1959 statt. Danach äußerte Kautsky seine Meinung nur noch schriftlich und nahm an den Sitzungen der „Redaktionskommission“ nicht mehr teil. In der Fassung nach der gemeinsamen Besprechung wurden am 4. Juli als „Grundwerte des Sozialismus“ vier Begriffe (Freiheit, Gerechtigkeit, Gemeinschaft und Frieden) vorgelegt.⁶² Später wurden „Gemeinschaft“ und „Frieden“ gestri-

⁶¹ Ebd.

⁶² Entwurf für ein Grundsatzprogramm der SPD (Fassung nach der gemeinsamen Besprechung vom 4. Juli 1959, Ollenhauer, Eichler, Deist, Kautsky, Sänger), Bl. 1, Nachlass Heinrich Deist 41A, AdsD.

chen und die bekannten drei „Grundwerte des Sozialismus“ (Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität) fixiert.⁶³

Die Sitzung von Parteivorstand, Parteirat und der Kontrollkommission fand am 7. Juli 1959 statt. Sie war die letzte Konferenz, wo noch Bedenken gegen die baldige Aufstellung des Grundsatzprogramms angemeldet wurden. Die Kritiker waren der Meinung, es sei noch nicht an der Zeit, das Grundsatzprogramm zu verabschieden. Sie forderten die Fortsetzung der immer noch für unzulänglich gehaltenen Programmdiskussion und die Verschiebung des für den November 1959 vorhergesehenen außerordentlichen Parteitags.⁶⁴

Ollenhauer lehnte jedoch solche Forderung entschieden ab: „Es ist sehr ernst gearbeitet und es sind sehr viele nützliche Anregungen gemacht worden, es gibt jedoch Genossen, die meinen, man müsste Diskussionen noch längere Zeit fortsetzen. Unsere Meinung ist in Übereinstimmung mit der Erfahrung der österreichischen und schweizer Genossen, die in derselben Situation gewesen sind, daß durch die Länge der Diskussion noch nichts über die Qualität der Beiträge ausgesagt ist. Ich glaube, es gibt einige Punkte, in denen wir in drei Jahren noch diskutieren werden, wenn wir darauf warten wollen, bis die Partei sich durch Diskussionen über alle Punkte einigt, dann kommen wir nie zu einem Grundsatzprogramm. [...] wenn wir jetzt diese Programmdebatte nicht zu Ende bringen, werden wir erleben, daß dann im nächsten Jahr bei der Regierungs- und Wahlprogrammdiskussion alles wieder in einen Topf geworfen wird“.⁶⁵

⁶³ Entwurf für ein Grundsatzprogramm der SPD (Redigiert von der vom Parteivorstand der SPD eingesetzten Redaktionskommission und bearbeitet von Präsidium und Vorstand der SPD am 20. und 21. Juli 1959), Bl. 1, Nachlass Heinrich Deist 41B, AdSD.

⁶⁴ Sitzung des Parteivorstands, Parteirats und der Kontrollkommission am 7.7.1959, Bl. 2, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdSD.

⁶⁵ Ansprache von Erich Ollenhauer vor dem Parteirat am 7. Juli 1959 in Bonn

Ollenhauer bekundete seine Entschlossenheit, die Partei von der ideologischen und abstrakten Programmdiskussion frei zu machen und sich auf dem Parteitag 1960 nur auf die Regierungs- und Wahlprogrammdiskussion zu konzentrieren: „[...] es liegt im Interesse der Partei, daß wir durch die Verabschiedung des Grundsatzprogramms in November dieses Jahres die Arme frei bekommen für die politischen Fragen, die auf dem Parteitag im nächsten Jahr in Vorbereitung des Wahlkampfes 1961 zu treffen sind.“⁶⁶

Mit allen Kräften bemühte sich Ollenhauer, Widersacher zu überzeugen und die Entscheidung über die baldige Erarbeitung des Grundsatzprogramms festzusetzen. In dieser Sitzung gab Ollenhauer offiziell bekannt, dass er für die Bundestagswahl 1961 als Bundeskanzlerkandidat nicht zur Verfügung stehen würde.⁶⁷ Angesichts dieser „Selbstaufopferung“ konnte sich niemand mehr dem Parteivorsitzenden, der sich die Annahme des Grundsatzprogramms unbedingt innerhalb des Jahres 1959 wünschte, widersetzen.

Die offizielle Programmkommission, die ein Geschäft ohne Waren geworden war, wurde nach langer Zeit am 28. Juli zur Beratung einberufen. Außer Eichler, der sich mit Ollenhauer darüber verständigte hatte, auf dessen Weisung hin Sängler zu helfen, waren die aktiven Mitglieder der Programmkommission wie Weisser, die an der Erarbeitung des zweiten Entwurfs nicht teilnehmen durften, unzufrieden und verärgert. Ihnen wurde bei dieser einmaligen Beratung seit der Einsetzung der „Redaktionskommission“ lediglich erlaubt, Änderungsanträge zu stellen.⁶⁸

(Anlage der Sitzung des Parteivorstandes, Parteirates und der Kontrollkommission am 7.7.1959), Bl. 18-19, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

⁶⁶ Ebd., Bl. 19.

⁶⁷ Ebd., Bl. 17.

⁶⁸ 6. Entwurf (Redigiert von der vom Parteivorstand der SPD eingesetzten Redaktionskommission und bearbeitet vom Vorstand, Präsidium und von der

Anschließend nahm die „Redaktionskommission“ mit verschiedenen Stellen in der Partei Kontakt auf und durchdachte den Inhalt und die Formulierung des zweiten Entwurfs erneut.

Bis zum Beschluss der endgültigen Fassung am 3. September wurden noch viele Änderungen vorgenommen. So hatte man sich beispielsweise in der Sitzung des Parteivorstands am 21. Juli entschieden, Braune zu beauftragen, den zweiten Entwurf um eine kurze Präambel zu ergänzen, die jedoch nicht zu einer Erneuerung der zuvor gestrichenen „Zeitanalyse“ führen durfte.⁶⁹ Zuerst wurden im Entwurf der Präambel nicht nur der Kommunismus, sondern auch der Kapitalismus gleichermaßen stark kritisiert, wie folgendes Beispiel zeigt: „Seit 100 Jahren ist die Geschichte des Kapitalismus die Geschichte verheerender Kriege, immer neuer Wirtschaftskrisen mit ihrer Massenarbeitslosigkeit und ihren enteignenden Inflationen. Die Welt leidet unter den Folgen kolonialer Ausbeutung, die dem Kommunismus in die Hand arbeitet. Die dilettantischen Versuche des Kapitalismus, die nach weltweiter Organisation rufende Wirtschaft zu ordnen, scheitern immer wieder an seinem Gewinnstreben.“⁷⁰ Dieser Teil der Kapitalismuskritik wurde jedoch im Redaktionsprozess ganz gestrichen. In der gekürzten Präambel des zweiten Entwurfs wurden nur „totalitäre Systeme“ erwähnt, die die Freiheit des Menschen bedrohen.⁷¹ Der zweite Entwurf verleugnete das marxistische Erbe zwar nicht ausdrücklich, erwähnte es aber auch nicht. Der Entwurf wurde nicht explizit vom Gedanken Bernsteins geleitet und man schwieg nicht nur über Marx und Engels, sondern auch

Grossen Programmkommission, Fassung vom 28. Juli 1959), 29 Blätter, Nachlass Fritz Sänger 54, AdsD.

⁶⁹ „Sänger Vermerk“, 21. Juli 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

⁷⁰ 3. Entwurf, Bl. 2, Nachlass Fritz Sänger 54, AdsD.

⁷¹ Entwurf für ein Grundsatzprogramm der SPD (Fassung vom 13. August 1959, Anlage der Sitzung des Parteivorstands am 3.9.1959), Bl. 1, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

über Lassalle und Bebel, derer man sich in der Präambel des erweiterten Aktionsprogramms von 1954 „Ziel und Aufgabe“ als Vorkämpfer in Verpflichtung erinnert hatte.

Sänger übersandte am 11. August Ollenhauer, Eichler, Deist und Braune die neueste Fassung des zweiten Entwurfs (nach seiner Zählung die siebte Fassung). Die scharfen Gegensätze auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik (hauptsächlich bezüglich der Sozialisierung), die noch immer in der Partei bestanden, hatte auch Sänger mit seiner Formulierungsarbeit nicht überbrücken können; daher griff er für den Abschnitt der Wirtschaftspolitik auf den Entwurf Deists zurück.⁷² Weisser, als Theoretiker überflüssig geworden und von Ollenhauer übergangen, versuchte noch Einfluss auszuüben und schickte zahlreiche Änderungsvorschläge an den Parteivorstand, die jedoch allesamt ignoriert wurden.

Schließlich traf sich Sänger nur zwei Tage später, am 13. August, wiederholt mit Ollenhauer, Eichler und Deist; in dieser Besprechung wurde die substanziell letzte Prüfung des zweiten Entwurfs durchgeführt.⁷³ Betroffen von den letzten Änderungen war unter anderem der Abschnitt Religion und Kirche. Die Beziehung zwischen der SPD und der Kirche wurde bis Anfang Juli so wie im Stuttgarter Entwurf dargestellt: Beide könnten gemeinsame „Grundwerte“ besitzen, auch wenn die Weltanschauungen voneinander abwichen. Aber in der Fassung vom 13. August 1959 wurde dieser Teil beträchtlich umgeschrieben. Hier fand die schon zuvor vorgeschlagene Formulierung, welche ursprünglich von Gustav Heinemann stammte, Anwendung: „Zur Zusammenarbeit mit den Kirchen im Sinne einer freien Partnerschaft ist sie

⁷² Fritz Sänger an Erich Ollenhauer, Willi Eichler, Heinrich Deist und Heinrich Braune, 11. August 1959, Bestand Erich Ollenhauer 338, AdsD.

⁷³ Entwurf für ein Grundsatzprogramm der SPD (Fassung vom 13. August 1959, Anlage der Sitzung des Parteivorstandes am 3.9.1959), 26 Blätter, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

stets bereit.“⁷⁴

Die Fassung vom 13. August wurde dem Parteivorstand am 3. September vorgelegt und mit einer kleinen Formulierungsänderung als offizieller zweiter Entwurf genehmigt.⁷⁵ Der zweite Entwurf wurde im Sommer 1959 sehr hastig, eher im hermetisch geschlossenen kleinen Kreis als im Verlauf der im Aufbruch begriffenen, breiten innerparteilichen Programmdiskussion und ohne die langjährigen wissenschaftlichen Diskussionsergebnisse der Programmkommission ausdrücklich zu berücksichtigen, ausgearbeitet.

VII. Von der Veröffentlichung des zweiten Entwurfs bis zur Verabschiedung des Godesberger Programms

Der Termin des außerordentlichen Parteitags war bereits für den 13. November 1959 festgesetzt worden, so dass die Zeit sehr knapp war, um den zweiten Entwurf zu überprüfen und Anträge zu stellen.

Es wurde allgemein anerkannt, dass der zweite Entwurf im Vergleich zum Stuttgarter Entwurf allgemeinverständlich formuliert worden war. Auch Schmidt, der im Mai noch den straffen Zeitplan kritisiert hatte, schätzte den neuen Entwurf, wie er in einem Brief an Ollenhauer zugab.⁷⁶ Ebenso änderte Willy Brandt, der 1958 als Vorsitzender der Berliner SPD antrat, seine kritische Haltung – noch im Mail 1959 plädierte Brandt für eine Verschiebung des außerordentlichen Parteitags –⁷⁷ und berief kurzfristig

⁷⁴ Ebd., Bl. 18.

⁷⁵ Sitzung des Parteivorstandes am 3.9.1959, Bl. 2, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.

⁷⁶ Helmut Schmidt an Erich Ollenhauer, 15. September 1959, SPD-Bundestagsfraktion 3. WP 16, AdsD.

⁷⁷ Willy Brandt, Gedanken zum Grundsatzprogramm, in: Berliner Stimme, Jg.



Erich Ollenhauer, Fritz Steinhoff, Fritz Erler und Kurt Conrad auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959

am 26. September erneut einen Parteitag der Berliner SPD ein, wo die Mehrheit der Delegierten für den zweiten Entwurf stimmten.⁷⁸

Brandt und Schmidt standen auf Grundlage des zweiten Entwurfs hinter Ollenhauer, der diese Fassung so weit wie irgend möglich ohne Abänderungen als das endgültige Grundsatzprogramm festlegen wollte.⁷⁹ Dennoch waren einige Parteimitglieder und Wissenschaftler, die sich seit der Ära Schumacher mit der Programmdiskussion besonders intensiv beschäftigt hatten, mit dem zweiten Entwurf äußerst unzufrieden, da er ohne ihre direkte Mitwirkung verfasst worden war, und weshalb sie entsprechend

9, Nr. 37 vom 12. September 1959, S. 1.

⁷⁸ Der Landesparteitag der Berliner SPD, in: Berliner Stimme, Jg. 9, Nr. 40 vom 3. Oktober 1959, S. 9.

⁷⁹ Erich Ollenhauer an Helmut Schmidt, 30. September 1959, SPD-Bundestagsfraktion 3. Wahlperiode 16, AdsD.

versuchten zu intervenieren. Zu den fortwährenden Kritikern zählten Gerhard Weisser (Vertreter des „Freiheitlichen Sozialismus“ des rechten Flügels) und Wolfgang Abendroth (Vertreter des marxistischen Flügels), die sich 1954 während der Mehlemer Arbeitstagung der sozialistischen Wissenschaftler über die Grundsätze des Sozialismus mit konträren Positionen gegenüberstanden hatten; beide waren im Herbst 1959 darin einig, den zweiten Entwurf abzulehnen. Die beiden gegensätzlichen Theoretiker schickten zwar nicht gemeinsame, aber umfangreiche Gegenvorschläge an den Parteivorstand. Sänger sah die Vorschläge von Weisser und Abendroth durch, lehnte diese aber als wenig nutzbringend ab.⁸⁰ Zudem wies Ollenhauer Sänger an, die Arbeit fortzusetzen, ohne die Ansprüche von Theoretikern wie Weisser zu berücksichtigen.⁸¹

Wie bereits erwähnt ist der zweite Entwurf gegenüber dem Stuttgarter Entwurf hinsichtlich Quantität, Stil und Inhalt als ein im Wesentlichen neuer Entwurf einzustufen. Auf dem nur zwei Monate nach Beschluss des neuen Entwurfs stattfindenden außerordentlichen Parteitag wurde zum wiederholten Male der Zeitmangel thematisiert. So sahen sich beispielsweise die Delegierten der Bremer SPD gezwungen, eine Verschiebung der Abstimmung über das neue Grundsatzprogramm zu beantragen.⁸² Ollenhauer entgegnete dem Zeitargument seiner Kritiker, dass der Erarbeitungsprozess des neuen Grundsatzprogramms nicht erst im Sommer begonnen habe, sondern Anträge seit dem Stuttgarter Entwurf berücksichtigt worden wären, und des Weiteren enthalte der zweite Entwurf nichts grundlegend Neues.⁸³ Schließ-

⁸⁰ „Sänger Vermerk“, 30. September 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

⁸¹ „Sänger Vermerk“, 2. Oktober 1959, Nachlass Fritz Sänger 53, AdsD.

⁸² Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 543.

⁸³ Ebd., S. 48.

lich argumentierte Ollenhauer mit der Begründung, dass man sich auf dem kommenden Parteitag 1960 auf das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 1961 konzentrieren müsse. Es sei dafür unbedingt nötig, das Grundsatzprogramm als Grundlage des Regierungsprogramms auf diesem außerordentlichen Parteitag anzunehmen.⁸⁴

Am Vormittag des ersten Beratungstags wurde der Vorschlag des Parteivorstandes genehmigt, nur den zweiten Entwurf als Gegenstand der Diskussion zu behandeln.⁸⁵ Der Bremer Antrag, den Abstimmungsprozess zu verschieben, fand dagegen keine Mehrheit. Die umfangreichen Änderungsanträge infolge des früheren Stuttgarter Entwurfs⁸⁶ waren jedoch bereits von Sängler für die Ausarbeitung des zweiten Entwurfs weitgehend ignoriert worden und mit der oben genannten Abstimmung wanderten sie nun, dies ist wahrlich keine Übertreibung, ohne weitere Diskussion in den Papierkorb.

Franz Barsig, der damals im Hauptquartier der SPD tätig war, erinnert sich, dass die mehrheitliche Zustimmung zum Grundsatzprogramm damit noch nicht gesichert war. Ein Blick auf die Delegierten des Parteitags verdeutlicht seine damaligen Bedenken. 394 Delegierten waren auf dem Godesberger Parteitag anwesend, darunter hatten 340 Delegierte Stimmrecht.⁸⁷ Mehr als die Hälfte der Delegierten war jünger als 50 Jahre alt. Dazu waren 200 Delegierte Neulinge, die zum ersten Mal in dieser Funktion an einem Parteitag teilnahmen: „[...] das ist für einen Vorstand immer ein Risikofaktor. Deshalb gab es noch am Vorabend des Parteitages in vielen Bonner und Godesberger Lokalen und Kneipen, in denen sich Landesverbände oder Bezirksverbände versammelt hatten, Seelenmassagen in nicht unerheblichem

⁸⁴ Ebd., S. 51.

⁸⁵ Ebd., S. 72.

⁸⁶ Ebd., S. 381-519.

⁸⁷ Ebd., S. 166-167.

Ausmaß.⁸⁸ Zur Haltung der Delegierten führte Barsig weiter aus: „1959 gab es eine nicht kleine Zahl von Delegierten, die mit dem Godesberger Programm im Grunde ihres Herzens nicht einverstanden waren. Es war ihnen zu liberal, zu wenig sozialistisch, zu kirchenfreundlich und zu marktbezogen. Und dennoch stimmten sie dafür. Ich habe in den Tagen des Ringens um das Programm nicht wenige Diskussionen verfolgen können, in denen einfache Delegierte – damals waren auf Parteitag die Arbeiter noch in der Mehrheit – die Summe ihrer Überlegungen so zusammenfassten: Wir sind zwar nicht ganz dafür, aber der Erich will ein anständiges Abstimmungsergebnis. Zu Erich können wir volles Vertrauen haben, und deshalb wird schon richtig sein, was er will.“⁸⁹

Keinem anderen Politiker in der Parteiführung wurde von den allgemeinen Parteimitgliedern so viel Vertrauen entgegengebracht wie Ollenhauer. Deshalb trug seine standhafte Haltung entscheidend dazu bei, die gesamte Partei ohne Spaltung zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms zu bewegen.

Eine auf dem Godesberger Parteitag eingesetzte Redaktionskommission schlug am letzten Tag des Parteitags den endgültigen Entwurf des Grundsatzprogramms vor. Diese revidierte Fassung, die, wie Ollenhauer beabsichtigt hatte, keine großen Änderungen enthielt, wurde mit 324 gegen 16 Stimmen angenommen.⁹⁰

⁸⁸ Franz Barsig, Freiheit und Sozialismus. Der „Lange Marsch“ der SPD nach Godesberg, in: Roderick Klett, Wolfgang Pohl (Hg.), Stationen einer Republik, Stuttgart 1979, S. 100.

⁸⁹ Ebd., S. 101-102.

⁹⁰ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 325.

VIII. Fazit

Die Analyse der letzten Phase im Erarbeitungsprozess des Godesberger Programms zeigt, dass der Parteivorsitzende Ollenhauer nach der Organisationsreform des Stuttgarter Parteitags von 1958 der zentrale politische Akteur zur Erneuerung der SPD blieb. Die Reformer konzentrierten sich nach der Wahlniederlage 1957 auf die Organisationsreform. Sie hatten keine Ambitionen und kein Interesse, so schnell wie möglich das Grundsatzprogramm festzulegen. Vielmehr bemühten sich die Reformer darum, die zügige Erarbeitung des Grundsatzprogramms zu verhindern. Sie betrachteten eine hastige Festsetzung des Grundsatzprogramms als entbehrlichen Bestandteil der Parteireform. In Bezug auf das Grundsatzprogramm behielt Ollenhauer die politische Führung, wobei er nur mit Mühe die passiven Reformer in den Erarbeitungsprozess hineinziehen konnte, nachdem sie sich in einem Kompromiss hinsichtlich der Organisationsreform hatten durchsetzen können.

Bis zur Verabschiedung des Godesberger Programms gab es eine lange Vorgeschichte der Programmdiskussion. Allerdings ist die Annahme des Programms nicht als Ergebnis einer innerparteilichen Konsensbildung durch ein demokratisches Verfahren zu betrachten. Dies wird insbesondere im Blick auf die letzte Phase des Erarbeitungsprozesses des Grundsatzprogramms deutlich.

Eichler führte geduldig die Programmkommission seit ihrer Einsetzung im März 1955, ihre Arbeit schritt jedoch nicht befriedigend voran. Die Programmkommission war nach der Bundestagswahl im September 1957 nicht in der Lage, einen Entwurf des Grundsatzprogramms vorzustellen. Ollenhauer setzte sich nach der Niederlage bei der Bundestagswahl zum Ziel, schnellstmöglich das Grundsatzprogramm zu erarbeiten. Er zwang der Programmkommission eine harte Arbeit auf, innerhalb weniger Monate den Entwurf des Grundsatzprogramms fertigzustellen.

Der Zeitplan war schwer einzuhalten und so überhastet, dass auch die aktiven Mitglieder der Programmkommission wie Eichler und Weisser, die eigentlich eine schnelle Annahme des Grundsatprogramms befürwortet hatten, nicht umhin konnten, dem Zeitplan Ollenhauers Widerstand zu leisten. Eichler und Weisser waren vom Wunsch beseelt, sich auch nach der Bundestagswahl 1957 viel Zeit zu nehmen und einen wissenschaftlich gut durchdachten sowie auf den Ergebnissen der langjährigen Programmdiskussion beruhenden Entwurf zu erarbeiten, den sie später nicht zu bereuen brauchten.⁹¹

Ollenhauers Vorhaben, unbedingt auf dem Parteitag im Mai 1958 den Entwurf des Grundsatprogramms vorzulegen, unterstützte zuerst niemand im Parteivorstand. Ollenhauer war zwar im Herbst 1957 völlig isoliert, setzte aber seinen Zeitplan entschlossen durch.⁹² Eichler musste nun gegen seinen Willen, für den Stuttgarter Parteitag binnen weniger Monaten einen Entwurf vorlegen.

Nach dem Stuttgarter Parteitag erschien die Erarbeitung des Grundsatprogramms von außen betrachtet nach einem demokratischen Verfahren voran zu kommen, da die Parteiführung die innerparteiliche Programmdiskussion aktivierte und viele Anträge zum Stuttgarter Entwurf erhielt. In der entscheidenden letzten Phase nach Mai 1959 wurde jedoch im geschlossenen kleinen Kreis ein ganz neuer Entwurf (der zweite Entwurf) erarbeitet, dessen Hauptverfasser Fritz Sänger sich bis April 1959 nie an der Programmarbeit beteiligt hatte. Beim Erarbeitungsprozess des zweiten Entwurfs wurden viele Anträge zum Stuttgarter Entwurf gar nicht erst überprüft und das Ergebnis der langjährigen wissenschaftlichen Programmdiskussion wurde, wie der Fall Weis-

⁹¹ Gerhard Weisser an Erich Ollenhauer, 25. Januar 1958, Bestand Erich Ollenhauer 228, AdsD.

⁹² Sitzung des Parteivorstands am 16.10.1957 in Berlin, Bl. 7-8, SPD-Parteivorstand Protokolle, AdsD.



Erich Ollenhauer auf dem außerordentlichen SPD-Parteitag in Bad Godesberg 1959

sers beispielhaft zeigt, kaum beachtet. Nach dem Beschluss im September 1959, über den zweiten Entwurf als neuem Grundsatzzprogramm abzustimmen, verblieben für die Basis der SPD bis zum Godesberger Parteitag weniger als zwei Monate, um den neuen Entwurf zu diskutieren und weitere Änderungsanträge zu stellen. Aus dem hier geschilderten Verlauf ergibt sich, dass die Verabschiedung des Godesberger Programms keinesfalls als Ergebnis einer innerparteilichen Konsensbildung angesehen werden kann, sondern das Produkt einer im kleinen, geschlossenen Zirkel vorangetriebenen Arbeit unter dem Taktgeber Ollenhauer gewesen ist.

Das Godesberger Programm war nicht das Verdienst einer einzelnen Person. Viele Parteimitglieder trugen dazu bei. Aber wem gehörte die Ehre, als „Vater des Godesberger Programms“ bezeichnet zu werden?

Gewöhnlich wird der Name Willi Eichler, der Wortführer des „Ethischen Sozialismus“ innerhalb der SPD, genannt. Eichler, der als Vorsitzender der Programmkommission langjährig in der Programmarbeit federführend gewesen war, wurde auch als einziger explizit von Ollenhauer in seiner Schlussrede des Godesberger Parteitags in einer Danksagung hervorgehoben.⁹³

Seit 1955 hatte Eichler geduldig die Programmkommission geführt, die aus verschiedenen gedanklichen Strömungen bestanden hatte. Dies erwies sich als eine harte und anstrengende Aufgabe. Er hatte die Entdogmatisierung des Sozialismus gefördert und durch die Programmdiskussion dazu beigetragen, die demokratische Öffentlichkeit für die SPD zu interessieren. Tatsächlich waren die Verdienste Eichlers in dieser Hinsicht sehr groß und bei der Formulierung „der Grundwerte des Sozialismus“ ist sein Einfluss des „Ethischen Sozialismus“ am Anfang des Grundsatzprogramms auch nicht wegzudenken. Jedoch war es Eichler nicht möglich, in der entscheidenden wichtigen Phase nach Mai 1959 bei der Erarbeitung des zweiten Entwurfs eine führende Rolle zu spielen, obwohl er auch nach der unbefriedigenden Vorlage des Stuttgarter Entwurfs der Vorsitzende der Programmkommission blieb. Aufgrund seiner Loyalität zu Ollenhauer stand er dennoch Sänger als Mitglied der „Redaktionskommission“ beratend zur Seite.

Eine verdienstvolle Persönlichkeit, die zwar bis zu einer bestimmten Phase eine wichtige Rolle gespielt hatte, sich aber später ganz anders verhielt als Eichler, war Gerhard Weisser. Er hatte sich schon in der Ära Schumacher im Zentrum der Programmdiskussion befunden. Als Repräsentant der Wissenschaftler und führenden Theoretiker des „Freiheitlichen Sozialismus“ in der Partei

⁹³ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, S.326.

trug er bis etwa Anfang 1958 viel zur Programmdiskussion bei. Weisser betrachtete die Aufstellung der sogenannten „Berliner Präambel“, des auf dem Berliner Parteitag 1954 erweiterten Aktionsprogramms, als Sieg seines „Freiheitlichen Sozialismus“, worauf er sehr stolz gewesen ist. Jedoch zeigte die Entwicklung der Arbeit in der Programmkommission nach 1955, dass die Partei in ihrer Gesamtheit das Verständnis für die Erneuerung des Parteiprogramms, das bis 1954 im Kreis der Theoretiker erreicht worden war, nicht besaß. Dafür war nach Meinung Weissers die Parteiführung verantwortlich, weil sie es vernachlässigt hatte, die „Berliner Präambel“ in der Partei entsprechend ihrer Bedeutung zu kommunizieren.⁹⁴

Die Haltung Ollenhauers zur Programmerarbeitung nach der Bundestagswahl 1957 war für Weisser unerträglich. Er nahm an, dass die Forderung Ollenhauers bedeutete, dass seine langjährigen Bemühungen und Leistungen missachtet wurden. Weissers Enttäuschung und Ärger darüber waren beträchtlich. Er wurde bei der letzten Phase der Erarbeitung des Grundsatzprogramms ferngehalten, indem man ihm nicht erlaubte, der „Redaktionskommission“ anzugehören. In diesem Sinne kann das Godesberger Programm für den Flügel des „Freiheitlichen Sozialismus“ nicht als Sieg gewertet werden.

Sänger war als fähiger Parteijournalist bekannt, der über die Gabe verfügte, einfache, aber prägnante Sätze formulieren zu können. Er hatte sich bislang mit dem Tagesgeschäft von Partei und Gewerkschaft beschäftigt, und war demzufolge überhaupt nicht mit der sozialistischen Philosophie und deren Theorien wie etwa Eichler oder Weisser vertraut. Er hatte also auch keine tiefreichenden Kenntnisse von der langjährigen Programmdiskussion.

⁹⁴ Gerhard Weisser, an Erich Ollenhauer, am 8. Januar 1958, Bestand Ollenhauer 228, AdsD.

Ollenhauer schätze die Eigenschaften Sängers und erwartete, dass Pragmatiker wie Sänger dazu geeignet waren, einen Ausweg aus der ins Stocken geratenen Situation rund um das Grundsatzprogramm zu finden. Daher fiel Ollenhauers Entscheidung auf Sänger, als Hauptverfasser des zweiten Entwurfs zu wirken.⁹⁵ Diese Ernennung, eine wichtige politische Weichenstellung, war Ollenhauers Entscheidung gewesen.

Der zweite Entwurf war natürlich keine Einzelleistung Sängers, der einen Teil der Bemühungen Eichlers wie die „Grundwerte des Sozialismus“ übernahm. Aber im Großen und Ganzen spiegeln sich im zweiten Entwurf eher empirische als theoretische Ansichten, die Sänger bei der Beschäftigung mit der täglichen Parteiarbeit und als Journalist bei der Betrachtung der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik gewann. Schließlich besaß das verabschiedete Godesberger Programm einen ganz anderen Charakter als der Stuttgarter Entwurf. Genau dies war Ollenhauers Ansinnen; er wollte ein in Umgangssprache geschriebenes, nicht allzu theoretisches Grundsatzprogramm. Daher formulierte Sänger gemäß seinem Wunsch den zweiten Entwurf. Ollenhauer verbreitete darüber, dass er Sänger beauftragt habe, den langen Stuttgarter Entwurf zu kürzen und zu straffen. Die Leistung Sängers ging entsprechend über eine Kürzung und Straffung hinaus. Sänger fertigte einen, für die allgemeinen Parteimitglieder lesbaren zweiten Entwurf in einer wahrhaft kurzen Zeit an.

Peter von Oertzen, der auf dem Godesberger Parteitag den zweiten Entwurf ausgiebig kritisierte, äußerte bezogen auf den Schlussabschnitt „Unser Weg“ ironisch, dass dieser Teil eine ganz besondere Bedeutung habe: „Es ist ja im Grunde die Besiegelung des Weges unserer Partei vom Eisenacher Programm von

⁹⁵ „Sänger Vermerk“, am 29. April 1959, und am 8. Mai 1959, Nachlass Fritz Snger 53, AdsD.

1869 zum Godesberger Programm von 1959. [...] Es ist nach dem Willen der Mehrheit des Parteitages offensichtlich auch unser Weg von Karl Marx zu Heinrich Deist.“⁹⁶ Im Bereich der innerparteilichen, bis dahin noch nicht beigelegten Auseinandersetzungen um einen Konsens in der Wirtschaftspolitik waren tatsächlich Deists Kräfte unentbehrlich, um den Widerstand der Befürworter der Sozialisierung aufzubrechen. Außerdem trugen viele andere bekannte und unbekannte Parteimitglieder zur Verabschiedung des Godesberger Programms bei. Die größten Verdienste gebühren meines Erachtens jedoch der zentralen politischen Führungsfigur im ganzen Erarbeitungsprozess des Grundsatzprogramms, dem Parteivorsitzenden Ollenhauer selbst, der bislang eher als Kopf des „Apparates“ und Gegner der Parteireform betrachtet wird. Es war Ollenhauer, der sich nicht nur zeitweilig energisch, sondern kontinuierlich geduldig sowie unter sorgfältiger Kontrolle mit der Programmarbeit beschäftigte und schlussendlich die Verabschiedung des Grundsatzprogramms auch verwirklichte. In diesem Sinne darf man Ollenhauer „den Vater des Godesberger Programms“ nennen.

⁹⁶ Protokoll der Verhandlungen des Außerordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 13.–15. November 1959 in Bad Godesberg, S. 306.

Literaturhinweise

Barsig, Franz: Freiheit und Sozialismus. Der „Lange Marsch“ der SPD nach Godesberg, in: Klett, Roderick / Wolfgang Pohl (Hg.): Stationen einer Republik, Stuttgart 1979, S. 93-111.

Dowe, Dieter / Kurt Klotzbach (Hg.): Programmatische Dokumente der deutschen Sozialdemokratie, 3. überarb. und aktualisierte Aufl., Bonn 1990.

Klotzbach, Kurt: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945 bis 1963, Berlin / Bonn 1982.

Köser, Helmut: Die Grundsatzdebatte der SPD von 1945/46 bis 1958/59. Entwicklung und Wandel der Organisationsstruktur und des ideologisch-typologischen Selbstverständnisses der SPD. Eine empirisch-systematische Untersuchung, Phil. Diss., Freiburg im Breisgau 1971.

Lösche, Peter / Franz Walter: Die SPD. Klassenpartei - Volkspartei – Quotenpartei. Zur Entwicklung der Sozialdemokratie von Weimar bis zur deutschen Vereinigung, Darmstadt 1992.

Mann, Hans-Joachim: Das Godesberger Grundsatzprogramm als Ergebnis innerparteilicher Willensbildung, in: Geist und Tat, Jh. 24 (1969), H. 4, S. 225-237.

Meyer, Thomas: Willi Eichler – Vater des Godesberger Programms. Eine Erinnerung zum 20. Todestag, in: Die Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte, Jh. 39 (1991), H. 11, S. 1048-1049.

Miller, Susanne: Die SPD vor und nach Godesberg, Bonn-Bad Godesberg 1974.

Schmid, Carlo: Erinnerungen, Bern / München / Wien 1979.

Soell, Hartmut: Fritz Erler. Eine politische Biographie, Bd. 1, Berlin / Bonn-Bad Godesberg 1976.

Zum Autor

Masaaki Yasuno (geb. 1956) ist Professor für Europäische Geschichte und Politik an der Universität Hiroshima. Der Schwerpunkt seiner Forschung umfasst vor allem die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie nach 1945.